



102. Sitzung, Montag, 15. April 2013, 8.15 Uhr

Vorsitz: *Bruno Walliser (SVP, Volketswil)*

Verhandlungsgegenstände

1. **Mitteilungen**

- Antworten auf Anfragen *Seite 6965*
- Dokumentation im Sekretariat des Rathauses
 - *Protokollauflage* *Seite 6966*

2. **Wahl eines Mitglieds der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen**

für den aus der Kommission ausgetretenen René
Gutknecht, Urdorf

KR-Nr. 122/2013 *Seite 6966*

3. **Zivilschutzgesetz**

Antrag der Redaktionskommission vom 25. März

2013 **4948a**..... *Seite 6966*

4. **Genehmigung der Rechnung und des Geschäftsbe- richts der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich für das Jahr 2011/2012**

Bericht und Antrag des Verwaltungsrates der Elektri-
zitätswerke des Kantons Zürich vom 21. Januar 2013
und Antrag der Aufsichtskommission über die wirt-
schaftlichen Unternehmen vom 13. März 2013

KR-Nr. 64a/2013..... *Seite 6967*

5. **Beschluss des Kantonsrates über die Genehmigung der Rechnung und des Geschäftsberichts der Zürcher Kantonalbank für das Jahr 2012**

Antrag des Bankrates der Zürcher Kantonalbank vom 25. Februar 2013 und Antrag der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen vom 3. April 2013

KR-Nr. 73a/2013 Seite 6990

6. **NEAT (Neue Eisenbahn-Alpentransversale) ab Zürich ohne Spitzkehre**

Dringliches Postulat von Ruedi Lais (SP, Wallisellen), Andreas Wolf (Grüne, Dietikon) und Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon) vom 4. März 2013

KR-Nr. 74/2013, RRB-Nr. 340/27. März 2013 (Stellungnahme) Seite 7020

Verschiedenes

- Verabschiedung von Rolf Sägesser als Verwaltungsratspräsident der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich..... Seite 6988
- Fraktions- oder persönliche Erklärungen
 - *Fraktionserklärung der Grünen, AL und CSP zur Bebilderung der Abstimmungszeitung* Seite 6989
- Dank für die Zwischenverpflegung..... Seite 6990
- Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse..... Seite 7034

Geschäftsordnung

Ratsvizepräsident Bruno Walliser: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

Ich habe Verständnis dafür, dass Sie sich freuen, dass endlich die Sonne scheint. Ich bitte aber doch etwas um Ruhe, damit wir mit der Sitzung fortfahren können. Besten Dank.

1. Mitteilungen

Antworten auf Anfragen

Ratsvizepräsident Bruno Walliser: Der Regierungsrat hat uns die Antworten auf elf Anfragen zugestellt:

- KR-Nr. 1/2013, Massnahmen an der Quelle bei Strassenlärmsanierungen
Andreas Wolf (Grüne, Dietikon)
- KR-Nr. 3/2013, Eigentalstrasse
Michael Welz (EDU, Oberembrach)
- KR-Nr. 4/2013, Verschlechterung des ZVV-Angebotes
Hans Egli (EDU, Steinmaur)
- KR-Nr. 6/2013, Förderung von Gemeindefusionen
Céline Widmer (SP, Zürich)
- KR-Nr. 18/2013, Kantonseigenes Landwirtschaftsland, welches zur Produktion von Lebensmitteln genutzt wird, und Flächen, welche ökologisch genutzt werden
Margreth Rinderknecht (SVP, Wallisellen)
- KR-Nr. 19/2013, Waidhaldetunnel Stadt Zürich
Carmen Walker Späh (FDP, Zürich)
- KR-Nr. 33/2013, Blendwirkung von Solaranlagen
Jörg Mäder (GLP, Opfikon)
- KR-Nr. 35/2013, Prämienanpassung und Reservebildung bei der GVZ
Walter Schoch (EVP, Bauma)
- KR-Nr. 39/2013, Kantonale Unterstützung internationaler Schulen
Res Marti (Grüne, Zürich)
- KR-Nr. 42/2013, Einführung des neuen Finanzierungssystems auf der Basis des individuellen Betreuungsbedarfs (IBB) in den beitragsberechtigten Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderung
Markus Schaaf (EVP, Zell)
- KR-Nr. 47/2013, Einheitliche Krankenkassenprämien Kanton Zürich
Christoph Holenstein (CVP, Zürich)

Dokumentation im Sekretariat des Rathauses

Im Sekretariat des Rathauses liegt zur Einsichtnahme auf:

– Protokoll der 101. Sitzung vom 8. April 2013, 8.15 Uhr

2. Wahl eines Mitglieds der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen

für den aus der Kommission ausgetretenen René Gutknecht, Urdorf

KR-Nr. 122/2013

Esther Guyer (Grüne, Zürich), Präsidentin der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die IFK empfiehlt zur Wahl:

Stefanie Huber, GLP, Dübendorf.

Ratsvizepräsident Bruno Walliser: Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Die Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist auch nicht der Fall.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich, gestützt auf Paragraf 43 litera a des Geschäftsreglements Stefanie Huber als Mitglied der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen gewählt. Ich gratuliere ihr zur Wahl.

Das Geschäft ist erledigt.

2. Zivilschutzgesetz

Antrag der Redaktionskommission vom 25. März 2013 **4948a**

Hans-Ueli Vogt (SVP, Zürich), Präsident der Redaktionskommission: Die Redaktionskommission hat diese Vorlage beraten und beantragt Ihnen lediglich, im Ingress die angezeigten formellen untergeordneten Änderungen vorzunehmen. Vielen Dank.

Redaktionslesung

Titel und Ingress

I. Zivilschutzgesetz vom 19. März 2007

§§ 11, 12 und 22a

II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratsvizepräsident Bruno Walliser: Die Vorlage ist redaktionell durchberaten.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 141 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), der Vorlage 4948a zuzustimmen.

Das Geschäft ist erledigt.

4. Genehmigung der Rechnung und des Geschäftsberichts der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich für das Jahr 2011/2012

Bericht und Antrag des Verwaltungsrates der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich vom 21. Januar 2013 und Antrag der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen vom 13. März 2013

KR-Nr. 64a/2013

Ratsvizepräsident Bruno Walliser: Eintreten auf die Vorlage ist obligatorisch. Wir haben Freie Debatte beschlossen. Zu diesem Geschäft begrüsse ich den Verwaltungsratspräsidenten der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich (EKZ), Rolf Sägesser.

Ich möchte Ihnen noch kurz den Behandlungsablauf, wie ihn die Geschäftsleitung festgelegt hat, darlegen. Die Eröffnung macht der Verwaltungsratspräsident der EKZ, Rolf Sägesser, während zehn Minuten. Danach hat der Präsident der AWU (*Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen*), Benedikt Gschwind, ebenfalls für

im Maximum zehn Minuten das Wort. Danach folgen die Fraktions-sprecherinnen und -sprecher mit ebenfalls je zehn Minuten Redezeit. Daraufgehend haben die übrigen Mitglieder des Rates je fünf Minuten Redezeit. Danach schliessen die Vertretung der EKZ und der Kommissionspräsident der AWU mit einer Replik die Debatte.

Rolf Sägesser, Verwaltungsratspräsident der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich: Die Ziele der Eigentümerstrategie sind im EKZ-Gesetz von 1983 formuliert. Die EKZ haben ihren Auftrag für eine sichere, wirtschaftliche und umweltfreundliche Stromversorgung zu sorgen, auch im vergangenen Jahr einmal mehr vollumfänglich erfüllt. Der Finanzbericht wie der beleuchtende Bericht enthalten die entsprechenden Informationen. Mehr möchte ich zum Jahresergebnis nicht ausführen. Vielmehr will ich vier Aspekte etwas näher beleuchten, die uns im vergangenen Geschäftsjahr besonders beschäftigt haben. Es sind dies erstens die Schliessung der Eltop-Fachgeschäfte, zweitens der Strommarkt und die Entwicklung der Strompreise, drittens die Produktion erneuerbarer Energie und viertens die Unternehmensstruktur.

Zum ersten Punkt, Schliessung der Eltop-Ladengeschäfte: Mit der Schliessung der Fachgeschäfte mussten die EKZ aus wirtschaftlichen Gründen Wege beschreiten, die sie nicht so bald wieder gehen möchten. Das veränderte Kundenverhalten, hin zu Internet und Fachmärkten, machten ein profitables Arbeiten zusehends unmöglich und führte letztendlich zum Entscheid, die Fachgeschäfte zu schliessen. Die Umsetzung läuft bis jetzt reibungslos. Aktuell haben 17 Mitarbeitende noch keine neue Stelle gefunden.

Zweitens, der Strommarkt und die Entwicklung der Strompreise: Die stark gefallen Grosshandelspreise für Strom an den europäischen Strombörsen haben im letzten Jahr viele marktberechtigte Kunden in der ganzen Branche, so auch bei den EKZ, dazu bewogen, ihren Lieferanten zu wechseln. Die eingesetzte Marktdynamik lässt die Margen einbrechen und es bestätigt sich, dass für praktisch alle Kunden der Preis – und nur der Preis – das wichtigste Entscheidungskriterium ist. Wie der Strom hergestellt wird, interessiert in der Regel nicht oder aber höchstens in zweiter Priorität. Es ist deshalb eine äusserst schlechte und für mich nicht nachvollziehbare Idee, dem kantonseigenen Unternehmen EKZ vorzuschreiben, welche Art von Strom dem Kunden zu verkaufen ist. Mit der Annahme der Volksinitiative

«Strom für morn» würde die EKZ den Grossteil ihrer Kunden verlieren und somit Unternehmenswert und Arbeitsplätze im Kanton Zürich vernichten. Unsere Konkurrenz würde sich freuen.

Drittens, Produktion erneuerbarer Energie: Die vom Verwaltungsrat vor knapp vier Jahren beschlossene Strategie, rund 400 Millionen Franken in neue erneuerbare Energieproduktion zu investieren, kommt im Ausland nach Plan voran. Anders sieht es in der Schweiz aus: Die Schweizer Gesetzesmühlen und Entscheidungswege, aber auch die physikalischen Realitäten bezüglich Ergiebigkeit sowie die raumplanerischen Konflikte in unserem dicht besiedelten Land machen ein zielgerichtetes Vorankommen im Inland faktisch unmöglich. Dazu kommt die Frage der Wirtschaftlichkeit; die neue erneuerbare Energieproduktion ist teuer. Die Elektrizitätswirtschaft ist nie und nimmer in der Lage, diese Mehrkosten aus eigener Kraft zu tragen. Wie auch immer die Subventionsmechanik in Zukunft aussehen mag, bezahlen werden es am Schluss wir Konsumentinnen und Konsumenten. Die Gesetze des Marktes muss man auch bei den neuen Erneuerbaren spielen lassen. Anschauungsunterricht in massiven Marktverzerrungen liefert Deutschland.

Viertens, die Unternehmensstruktur: Die Strukturen der EKZ sind heute weitgehend den künftigen Anforderungen angepasst. Ausgelöst wurde der schrittweise Umbau der EKZ im Nachgang zum negativen Ausgang der Volksabstimmung zum Fusionsprojekt HEXAGON vor rund zehn Jahren. Damit erhielten die EKZ indirekt den Auftrag, die eigenständige Zukunftstauglichkeit zu planen. Das Unternehmen musste unter anderem für eine schrittweise Marktöffnung, den wachsenden Einfluss des Regulators, eine Auswirkung der Kartellgesetzgebung, für die Konsequenzen aus dem Ausbau der neuen Produktionsarten, letztlich auch für eine Partnerfähigkeit und Risikoabgrenzung gerüstet sein. Selbstverständlich gilt der NOK-Gründungsvertrag (*Nordostschweizerische Kraftwerke*) noch immer. Axpo ist grundsätzlich auch weiterhin unsere anteilige Produktionsfirma. Nur ist die Schnittstelle zu Axpo und zu den übrigen Kantonswerken heute wesentlich komplexer als zu Monopolzeiten. All dies verlangte adäquate Strukturen und Prozesse, nicht nur gegenüber Axpo selbstverständlich, sondern ganz allgemein und insbesondere auch im Innenverhältnis der EKZ-Gruppe. Mit der Anpassung der Unternehmensstrukturen ging auch eine umfassende Überprüfung und Anpassung der Corporate Governance einher. Die EKZ sind so als kon-

zernartiges Stammhaus mit ihren Beteiligungen gut aufgestellt und basieren auf einem robusten Geschäftsmodell.

Ich komme zum Schluss. Mit der Marktöffnung im Strombereich entscheidet einzig und allein der Kunde, was und bei wem er seinen Strom einkauft. Nicht nur das Unternehmen muss sich auf diesen Umstand neu ausrichten, sondern auch der Eigentümer, also Sie, als die legitimen Vertreterinnen und Vertreter des Eigentümers der EKZ, erhalten veränderte Rollen und Aufgaben zugesprochen. Die Mitglieder der AWU haben den Strukturprozess bei den EKZ mit kritischen Fragen begleitet. Immer hatte ich den Eindruck, dass die Kommission die diversen Tätigkeiten der EKZ mit viel Verständnis und Wohlwollen aufgenommen hat. Dafür danke ich dem Präsidenten und den Mitgliedern der Kommission bestens.

Ich nehme die Gelegenheit auch wahr, den Mitgliedern der Geschäftsleitung und den Mitarbeitenden der EKZ für ihren Einsatz zu danken. Ganz speziell danken möchte ich schliesslich meiner Kollegin und meinen Kollegen im Verwaltungsrat. Ich schliesse meine Amtszeit, wie Sie wissen, als Verwaltungsratspräsident mit der Überzeugung, dass die Organe der EKZ, allen voran der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung, in ihren Gremien wie auch zwischen diesen Gremien einer funktionsfähigen «good Corporate Governance» vollumfänglich Rechnung tragen. Besten Dank.

Benedikt Gschwind (SP, Zürich), Präsident der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU): Unsere Kommission hat den EKZ-Geschäftsbericht der Berichtsperiode eingehend analysiert. In meinem mündlichen Bericht möchte ich auf folgende Punkte besonders eingehen: ein paar allgemeine Merkmale des Geschäftsjahres, dann Fragen der Corporate Governance und dann auch ein paar Worte zur Schliessung der Eltop-Läden.

Spektakuläre Stromunterbrüche, wie wir sie etwa im Januar 2012 oder im März 2013 in der Stadt Zürich während Stunden erlebten oder beobachteten, gab es im Versorgungsgebiet der EKZ glücklicherweise nicht. Die Verfügbarkeit und die Versorgungssicherheit konnten gewährleistet werden. Die Investitionen in die Erneuerung des Netzes haben sich also ausbezahlt. So ist denn auch die Versorgungsverfügbarkeit sehr hoch. Es gibt nach der Statistik nur alle sechs Jahre einen

Stromausfall von durchschnittlich 66 Minuten. Damit sind die EKZ im schweizerischen und internationalen Vergleich sehr gut versorgt.

97,9 Prozent des Stroms werden von der Axpo bezogen. Dass zu Zeiten des unangefochtenen Monopols bestehende, sehr partnerschaftliche Verhältnis zwischen Axpo und EKZ wird immer mehr zu einem normalen Kunden-Lieferanten-Verhältnis, in dem beide Seiten den für sie vorteilhaftesten Preis erzielen wollen. Vor allem seit die Axpo als Stromproduzentin und Händlerin den Widrigkeiten des europäischen Marktes ausgesetzt ist, versucht sie, höhere Preise zu erzielen. Zu Recht macht sich der Verwaltungsrat der EKZ deshalb Gedanken, wie er mit dieser veränderten Situation umgehen will. Konkret sind wohl die im EKZ-Gesetz annehmbaren Bedingungen, wie es dort heisst, auszudeutschen, nach denen die EKZ bei der Axpo ihren Strom beziehen müsse.

Bei der Würdigung des finanziellen Ergebnisses sticht insbesondere auch der Finanzertrag hervor mit 37,3 Millionen gegenüber 16,9 Millionen Franken im Vorjahr. Hier wurden also zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Entscheidungen bei den Finanzanlagen getroffen und die EKZ profitierten vom guten Börsenjahr 2012. Das Finanzergebnis konnte das unbefriedigende Betriebsergebnis auffangen. Dieses war geprägt von der schwächelnden allgemeinen Wirtschaftslage in der Berichtsperiode, gleichzeitigen Stromerhöhungen und Einmaleffekte im Zusammenhang mit der Schliessung der Eltop-Läden. Mit 64,5 Millionen Franken konnte doch noch ein ansehnliches Ergebnis erzielt werden, das wie immer im Unternehmen für künftige Investitionen bleiben wird.

Die AWU hat sich im Berichtsjahr mit Fragen der Corporate Governance vertieft auseinandergesetzt. Dies vor allem vor dem Hintergrund der zugenommenen Beteiligungen der EKZ, welche die Fragen nach der richtigen Führung eines Konzerns stellen. Es stellte sich für uns vor allem die Frage, wie weit unser Auftrag als politische Aufsicht in einer Konzernstruktur noch erfüllt werden kann. Es gab Befürchtungen, dass mit einer Verlagerung von Tätigkeiten in Tochtergesellschaften diese der Oberaufsicht des Kantonsrates entzogen werden könnten. Nun, zusammen mit einem Experten für Gesellschaftsrecht gelang es uns, die richtigen Schlüsse zu ziehen. Letztlich liegt die Verantwortung auch für den Konzern EKZ beim Verwaltungsrat der EKZ, welcher den gesetzlichen Vorgaben nachleben muss. Wenn nun eine Aufgabe bei einer Tochtergesellschaft durchgeführt wird, so

ist letztlich der Verwaltungsrat der EKZ dafür verantwortlich und uns gegenüber zu Rechenschaft und Auskunft verpflichtet. Mit der Rechnungslegung Swiss GAAP FER (*Schweizer Rechnungslegungs-Standards*), welche die EKZ seit dem letzten Jahr anwenden, werden in der publizierten Rechnung auch die Tochtergesellschaften transparent dargestellt und daraus können auch Auffälligkeiten entdeckt werden. Es wird sich zeigen, wie sich in dieser Konzernstruktur die Aufsicht der AWU bewähren wird.

Am meisten öffentliche Publizität fand im Berichtsjahr ein negatives Ereignis, das für viele Eingeweihte allerdings nicht so überraschend kam: die Schliessung der Eltop-Läden. Einst waren die Eltop-Läden wichtige Verkaufsstützpunkte vor allem in der Zürcher Landschaft, die sich grosser Beliebtheit erfreuten, wenn die Bevölkerung ein elektronisches Gerät oder einen Beleuchtungskörper anschaffen wollte. Die Fachkompetenz des Personals sprach sich rasch herum. Doch in den letzten Jahren brach der Umsatz regelrecht ein. Das veränderte Konsumentenverhalten, die Verlagerung auf Fachmärkte und Internet-Anbieter führte dazu, dass kaum mehr neue Kunden gewonnen werden konnten und die Stammkundschaft auch immer mehr wegbricht. Verwaltungsrat und Geschäftsleitung der EKZ haben sich die Sache nicht leicht gemacht. Es wurden in den letzten Jahren auch noch alternative Geschäftsmodelle ausprobiert mit Spezialisierungen, doch auch sie konnten den negativen Trend nicht mehr brechen. So entschloss sich der Verwaltungsrat im September letztlich zur Schliessung der 27 Verkaufsstandorte. 84 Mitarbeitende waren davon betroffen, 60 davon mussten die Kündigung entgegennehmen. Für die Betroffenen, viele langjährige Mitarbeitende, war dies ein harter Schlag. Immerhin konnte in Zusammenarbeit mit der internen und externen Arbeitnehmerversammlung ein Sozialplan vereinbart werden, welcher die finanziellen Einbussen lindern und die berufliche Neuorientierung erleichtern soll. Ausserdem konnten die älteren Betroffenen von einer Vorruhestandsregelung profitieren. Dieser Prozess wird nun in der ersten Jahreshälfte 2013 abgewickelt.

Die Stellung der EKZ-Läden war ja wiederholt auch im Zürcher Kantonsrat ein Thema. Vor allem gewerbliche Kreise störten sich an dieser Präsenz auf dem Markt. Nun hat dieser Markt selber für eine Korrektur gesorgt. Die rot-grüne Seite erwartete vor allem auch von den Stützpunkten der EKZ in den Gemeinden Bestrebungen für die Energieberatung. Diese wird nun zentral von Zürich aus und teilweise vor

Ort beim Kunden angeboten. Im Rückblick waren die Geschäfte ohne Quersubventionierungen nicht mehr zu halten. Das veränderte Konsumentenverhalten konnte nicht ignoriert werden. Die Verankerung der EKZ in den Gemeinden wird durch diesen Verlust aber schwieriger und es bleibt wohl für die meisten Kundinnen und Kunden nur noch die Stromrechnung als regelmässiger Kontakt.

Damit komme ich zum Schluss. Ich danke zunächst meinen Kolleginnen und Kollegen der AWU, unserer Kommissionssekretärin Karin Tschumi für die angenehme Zusammenarbeit, dann unseren Ansprechpartnern bei den EKZ – mit Verwaltungsratspräsident Rolf Sägesser zum letzten Mal anlässlich einer Geschäftsberichts-Debatte hier im Rathaus – und CEO Urs Rengel und seinen Kollegen in der Geschäftsleitung für den immer offenen Austausch sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der EKZ für ihren geleisteten Einsatz im vergangenen Geschäftsjahr. Die AWU hat Kenntnis genommen vom Bericht der Revisionsstelle Price Waterhouse Coopers und vom Antrag an den Kantonsrat, abgedruckt auf Seite 76 des Geschäftsberichts. Nach dessen Prüfung beantragen wir dem Kantonsrat, den 104. Geschäftsbericht für das Geschäftsjahr 2011/2012 und die darin enthaltende Jahresrechnung zu genehmigen und von der Gewinnverwendung gemäss der gesetzlichen und reglementarischen Bestimmungen Kenntnis zu nehmen. Ich danke Ihnen.

Ratsvizepräsident Bruno Walliser: Wir kommen nun zum Reigen der Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprechern.

Ruedi Menzi (SVP, Rüti): Der 104. Geschäftsbericht mit Rechnung beinhaltet das erste Mal die konsolidierte Jahresrechnung der EKZ-Gruppe, die vom 1. Oktober 2011 bis zum 30. September 2012 dauerte. Mit einem Unternehmensergebnis von 64,9 Millionen Franken haben die EKZ einen ordentlichen Gewinn erwirtschaftet. Dieser setzt sich wie folgt zusammen: 27 Millionen aus dem Stromgeschäft und 37 Millionen Franken aus Finanzertrag. Es war ein gutes und ruhiges Geschäftsjahr, das dem Verwaltungsrat keine grösseren Probleme bescherte. Ausgründung von Meter to Customer M2C: Der Regulator fordert eine rechtliche Trennung von Energie und Netz und damit eine Abtrennung der Monopolteile. Diese Anforderung lässt sich nach Meinung der EKZ am kostengünstigsten mit einer eigenständigen

Dienstleistungsgesellschaft erfüllen. M2C führt das Inkasso bei den Stromkunden der EKZ durch. Dies beinhaltet die ganze Prozesskette vom Zählerablesen, Abrechnung, Druck und Versand der Rechnung. Bei der Markttöffnung ist bei der Bewirtschaftung der Kunden mit grossem Mehraufwand zu rechnen. Diese Dienstleistung könnte auch für andere Kantonswerke genutzt werden. Wann die neue Firma die Tätigkeit aufnimmt, ist noch offen.

Schon einige Jahre hat die AWU Kritik an der Eltop geübt, weil diese zum Teil mit Verlust gearbeitet hat. Letztes Jahr waren dies rund 4 Millionen Franken. Nun hat der Verwaltungsrat das Ende der Eltop-Läden beschlossen. Diese werden bis zum zweiten Quartal 2013 aufgehoben. An 27 Standorten verlieren 84 Mitarbeitende ihre Anstellung. Für alle, die nicht an einer anderen Position der EKZ weiterbeschäftigt werden können, besteht ein Sozialplan. Die Marke Eltop wird im Elektroinstallationsgeschäft weiterleben. Die EKZ haben in der Westschweiz, in Châtel-Saint-Denis, eine Filiale errichtet, um Kunden in Contracting-Projekten zu beraten. Es sind im Raum Bulle auch zwei grössere Anlagen realisiert worden. Die EKZ werden, wie schon in vergangenen Geschäftsberichten mitgeteilt, die Contracting-Sparte kontinuierlich ausbauen, was für die Zukunft sichere Einnahmen garantiert.

Über die Pensionskasse stehen im Geschäftsbericht auf Seite 54 zwei Sätze: Der Versicherungsplan ist nach dem Beitragsprimat aufgebaut. Sonst steht nicht viel über die Kasse. Ein wenig ausführlicher hat sich die «Weltwoche» über die Pensionskasse geäussert. Fest steht, dass die EKZ im laufenden und auch im kommenden Jahr je 15 Millionen Franken in die PKE einzahlen werden. Viele Pensionskassen sind gezwungen, ihre Leistungen zu überdenken. Wegen der steigenden Lebenserwartung oder wegen der zum Teil schlechten Finanzergebnisse. Nun ist der Verwaltungsrat gefordert, eine Entscheidung zu treffen.

Die SVP wird den 104. Geschäftsbericht der EKZ und die Rechnung 2011/2012 genehmigen und dankt den Verantwortlichen für die geleistete Arbeit und den guten Abschluss im letzten Jahr. Danke.

Roland Munz (SP, Zürich): Obschon die drohende weitere Strommarkoliberalisierung weiter vertagt wird, haben sich die EKZ auch im Geschäftsjahr 2011/2012 mit Fragen um diese Markttöffnung auseinandergesetzt. Insbesondere bekamen die EKZ die Schattenseiten des

freien Marktzuganges für Grosskundschaft schmerzhaft zu spüren. Sie wissen es, die SP steht dieser Marktliberalisierung aus grundsätzlichen Überlegungen sehr kritisch gegenüber. Doch selbst die unkritischsten Anhänger dieses Projektes mussten feststellen, dass die aktuell profillose Bundespolitik in dieser Sache den Versorgern, wie den EKZ, das Planen der Zukunft schwer macht. Für ganz unterschiedliche Szenarien gilt es gewappnet zu sein. Wir anerkennen daher ausdrücklich die Umsicht, mit welcher sich die EKZ auf die denkbaren Perspektiven vorbereiten. Mehrere Dutzend Stellen sind eigens dafür bei den EKZ eingerichtet und besetzt worden.

Eine andere Sparte, eine Sparte, welche sich als ohne gangbare Perspektive herausstellte, war das Eltop-Fachmarktmodell. Die Vermutung, die Fachmärkte könnten in einem liberalisierten Marktumfeld dereinst gute Dienste im Kontakt zur Endkundschaft leisten, hielt der Überprüfung leider nicht stand. Selbst Beratungsangebote zum sparsamen Umgang mit Energie lassen sich über andere Kanäle besser an das Zielpublikum tragen. So sehr die SP den Schliessungsentscheid bedauert – in Kenntnis aller Fakten teilen wir die Überzeugung, dass er richtig ist und zum richtigen Zeitpunkt erfolgte. Grossen Wert legen wir auf die Tatsache, dass die Personalverbände in die Evaluation möglicher Auswege eingebunden waren und den Schliessungsentscheid ebenfalls als die richtige Lösung sehen. Den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sei an dieser Stelle auch einmal herzlich gedankt für ihren Einsatz. An ihnen ist es nicht gelegen, dass für das Modell der Fachmärkte keine tragbare Perspektive gefunden werden konnte. Wir wünschen allen, welche sich nun beruflich neu orientieren müssen, dass sie rasch eine neue, für sie persönlich gute Lösung finden, wo dies nicht bereits geschehen ist. Wichtig ist unserer Fraktion, dass die EKZ selber sämtliche, vom Entscheid betroffene Lernende an geeigneter Stelle platzieren konnten, sodass alle ihre Ausbildung fortsetzen können.

Womit unsere Fraktion hingegen nicht zufrieden ist: der vom zuvor schon schwer akzeptabel tiefen Niveau erneut gesunkene Frauenanteil. Das Ende der Fachmärkte hat dieses Problem noch akzentuiert. Jetzt erwarten wir, dass die EKZ im laufenden Geschäftsjahr eingreifen. Insbesondere in jenen Sparten, in denen nicht direkt nur technische Arbeit im engeren Sinne verrichtet wird, muss der Frauenanteil höher liegen, und zwar auf allen Stufen bis hinauf in die oberste Chefetage, wo auch nicht alle männlichen Führungspersonen ihre

Karriere mit einer Elektrikerlehre begonnen haben. Mit gut umgesetzten, zielgerichteten Massnahmen lässt sich dieser Anteil durchaus auch binnen eines Jahres messbar anheben. Die Industriellen Betriebe der Stadt Zürich haben dies bewiesen, als man beim EWZ (*Elektrizitätswerk der Stadt Zürich*) und bei den Wasserwerken innert kurzer Zeit von einer vergleichbar tiefen Quote auf doch immerhin schon einen Sechstel Frauenanteil kommen konnte. Die Bestrebungen gehen selbstverständlich auch dort weiter. Selbst die Axpo erkannte den Handlungsbedarf in diesem Bereich laut ihrem jüngsten Geschäftsbericht.

Nun zu etwas ganz anderem: Dass in steigendem Mass Investitionen in neue erneuerbare Energien getätigt werden, ist sehr begrüssenswert. Auch wenn einige Anlagen in geografischer Ferne stehen, so sind sie doch sehr wertvoll, da das dort gewonnene Wissen zu uns transferiert wird und bereitsteht für den Zeitpunkt, in dem sich klärt, welche Technologien sich schliesslich durchsetzen werden. Die dabei für jede Anlage einzeln gegründeten Tochtergesellschaften scheinen uns eine kluge Strategie, bleiben damit die Risiken doch überschaubar. Ausdrücklich zufrieden sind wir auch in drei geklärten strukturellen Punkten. Zum einen wird der gewachsenen Struktur der EKZ hin zum Konzern nun auch in der Jahresrechnung Rechnung getragen, die erstmals als konsolidierte Konzernrechnung nach Swiss GAAP FER vorliegt. Das vor Jahren geäusserte Anliegen wurde damit erfüllt. Zum Zweiten erfolgte eine Klärung, wie weit die parlamentarische Oberaufsicht sich auch auf Tochterfirmen der EKZ erstrecken darf und muss. Mit Befriedigung nimmt unsere AWU-Deputation davon Kenntnis, dass sich die EKZ-Leitung, gestützt auf ein Gutachten, ausdrücklich dazu bekennt, die Tochtergesellschaften, gleich wie interne Abteilungen, weiterhin der Oberaufsicht durch unsere Kommission offen zu halten. Das dritte Anliegen, welches umgesetzt worden ist, ist die Publikation der Entschädigungen der Verwaltungsratsmitglieder. Im Internet sind diese nun für alle öffentlich einsehbar. Die so geschaffene Transparenz hilft, das Vertrauen in die volkseigene Unternehmung EKZ hochzuhalten.

Zum Abschluss danke ich im Namen der Sozialdemokratischen Fraktion allen Mitarbeitenden auf allen Stufen für ihre Arbeit zugunsten unseres Kantons. Wir gratulieren zum angesichts des zunehmend schwierigeren Umfeldes sehr guten Erfolg der EKZ und beantragen dem Rat, Geschäftsbericht und Rechnung der EKZ zu genehmigen.

Katharina Weibel (FDP, Seuzach): Es ist schon sehr viel gesagt, ich versuche das ein bisschen rauszufiltern, damit wir nicht alle Sachen drei- und fünf- und zehnmal hören. Ruedi Menzi hat es bereits gesagt, die Rechnungslegung der EKZ ist zum ersten Mal nach Swiss GAAP FER gemacht worden. Ein wichtiger Schritt, denke ich. Wir können in der Aufsichtskommission somit davon ausgehen, dass sämtliche Tochterunternehmen mit einer EKZ-Beteiligung von mehr als 50 Prozent auch dieser Rechnungslegung unterstellt sind. Somit führt nur noch die GVZ ihre Bücher nach einer Mindestminimalpflicht, nämlich nach dem Obligationenrecht Artikel 957, was heute aus meiner Sicht nicht mehr «State of the Art» ist.

Das Geschäftsjahr 2012 zeigt einige Punkte. Im Kerngeschäft hatten wir mit einem tieferen Betriebsergebnis rechnen müssen. Nur die Börsen-Hausse hat beim unternehmerischen Ergebnis für einen erfreulichen Ausgang gesorgt. Der Kostendruck im Markt steigt, weil zum Beispiel der hochsubventionierte deutsche Strommarkt günstiger liefert als die Schweizer Lieferanten. Die Schliessung der Eltop-Läden hat sich in diesem Geschäftsjahr noch nicht wirklich ausgewirkt. Wir müssen klar festhalten, dass sich die noch vor wenigen Jahren getätigten Investitionen in dieser Sparte nicht gelohnt haben. Dass auch die Niederlassungen der Eltop-Installationen überprüft werden, ist nötig und richtig. In dieser Situation sind wir mit dem Jahresergebnis zufrieden und die FDP-Fraktion wird die konsolidierte Jahresrechnung 2011/2012 und den Geschäftsbericht genehmigen.

Doch lassen Sie mich einen Blick in die Zukunft werfen. Wie sähe das Jahresergebnis aus, wenn an der Börse keine Erfolge hätten verbucht werden können? Hätten dann die Massnahmen gegriffen? Die maximale Belastung am Tag wird durch die Solarenergie langsam abgedeckt, sodass sich das Pumpspeicherwerk-Modell nicht mehr so erfolgreich rechnet. Wie heisst dann die Strategie? Sind wir für den Krisenfall gewappnet? Was passiert, wenn überall Strommengen unterschiedlichster Menge ins Netz eingespeist werden und damit die Netzspannung versagt oder wenn es zu Problemen in der Übertragungskapazität kommt? Auch da: Sind wir gewappnet? Sind die Investitionen für den Netzausbau wegen der Einspeisung von erneuerbarem Strom genügend? Hat man die Fragen rund um diese dezentrale Stromproduktion im Griff? Und nicht zuletzt: Wann sind die politischen Rahmenbedingungen auf Bundesebene klar? Wann sind die Regeln festgelegt? Wann ist umgesetzt?

Wir erwarten eine weiterhin zuverlässige Netzbetreiberin EKZ, die nahe beim Endkunden das Spannungsfeld zwischen Energiewende einerseits und Marktöffnung andererseits beherrschen. Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der EKZ für das solide Jahresergebnis und hoffen auf die richtigen strategischen Entscheide.

Maria Rohweder (Grüne, Männedorf): «Sorgenfrei und problemlos – ich kann mich bei den EKZ darauf verlassen, dass jederzeit Strom zur Verfügung steht.» Dieses Zitat einer Gartenbauingenieurin entnehme ich dem aktuellen EKZ-Geschäftsbericht. Ich denke, wir alle können ihre Aussage bestätigen. Fast ununterbrochen nutzen wir elektrische Energie, beispielsweise zur Kühlung verderblicher Esswaren, und vertrauen darauf, dass sie an unserem Arbeitsplatz, bei der Benützung von Verkehrsmitteln auf dem Arbeitsweg, beim Bezug von Bargeld aus dem Automaten oder bei unseren unterschiedlichen Freizeitaktivitäten jederzeit zur Nutzung bereit steht. Wir haben uns an die Annehmlichkeiten einer ununterbrochenen, sicheren Stromversorgung gewöhnt und sind uns kaum bewusst, wie sehr unser ganzes Leben tagtäglich rund um die Uhr davon abhängig ist. Um eine sichere Stromversorgung auch in Zukunft zu gewährleisten, müssen deshalb die Abhängigkeiten im Auge behalten und kontinuierlich und gezielt gesteuert und, wo immer möglich, vermindert werden. Die Förderung der neuen erneuerbaren Energien, wie Fotovoltaik, und die sich daraus ergebende vermehrte dezentrale Einspeisung ist ein wichtiger Beitrag dazu. Dass dies wiederum Auswirkungen auf die Netznutzung hat und Lösungen für die Stromspeicherung braucht, hat aus Sicht der EKZ zu einem Paradigmenwechsel geführt, und zwar von der verbrauchsgesteuerten Produktion hin zum produktionsabhängigen Verbrauch. Deshalb sind die EKZ auch in der Forschung tätig und leisten zusammen mit der ABB Pionierarbeit bei der Entwicklung der grössten Batterie der Schweiz.

Die Grüne Fraktion begrüsst diese Anstrengungen der EKZ. Bei allen Vorteilen, welche diese vielversprechende Lösung der Stromspeicherung bietet, darf aber nicht vergessen werden, dass damit der Stromverbrauch ungewollt wieder angekurbelt werden könnte. Deshalb muss nicht nur der Energieeffizienz, sondern auch der Senkung des Verbrauchs weiterhin oberste Priorität eingeräumt werden. Weiter bewegt uns Grüne die Zusammensetzung des Strommixes, die Corporate Governance und die Schliessung der EKZ-Eltop-Fachgeschäfte.

Zum Strommix: In den letzten Jahren haben wir moniert, dass die EKZ zu wenig unternehmen, um vom Atomstrom wegzukommen. Die Angaben auf Seite 10 des Geschäftsberichts lassen uns aufhorchen, Zitat: «Die Herkunft des EKZ-Stroms hat sich durch den Zukauf von Wasserkraftzertifikaten aus dem In- und Ausland zugunsten der erneuerbaren Energie verschoben.» Hauptlieferantin ist mit fast 98 Prozent aber wie in den Vorjahren die Axpo Holding und die Axpo ihrerseits produziert nach wie vor mehrheitlich Atomstrom und es ist anzunehmen, dass sich das in naher Zukunft nicht ändert. Das wirft doch einige Fragen auf. Wenn nun also die Zürcherinnen und Zürcher mehrheitlich sauberen Strom konsumieren und auch bezahlen, die Axpo ihrerseits aber insgesamt nicht vermehrt umweltgerechten Strom produziert, so bleibt der Zukauf von Wasserzertifikaten eine gute Absichtserklärung der EKZ, mehr nicht. Das heisst, erst wenn die schweizerischen Stromproduzenten selbst vom Atomstrom wegkommen, kann die Energiestrategie 2050 des Bundes wirkungsvoll vorangetrieben werden. Wir Grüne fordern deshalb, dass die Vertreter von EKZ und Kanton sich beim Hauptlieferanten mit allen Mitteln für die Umstellung auf eine umweltgerechte Stromproduktion einsetzen.

Zur Corporate Governance: Die AWU hat sich im vergangenen Jahr vertieft mit der Struktur der EKZ befasst. Die konzernähnliche Organisation der EKZ ist komplex. In der Schweiz fehlt ein systematisch kodifiziertes Konzernorganisationsrecht. Für verschiedene Problembereiche muss deshalb zwischen Mutterunternehmen und Tochtergesellschaften ein Umgang gefunden werden. Bezüglich der Informationsrechte bedeutet dies, dass die AWU beim Verwaltungsrat der EKZ nicht nur die Informationen zum Mutterunternehmen, sondern die adäquaten Informationen auch für die Tochtergesellschaften verlangen darf. Diese Feststellung beantwortet eine wichtige Frage zur Ausübung der Obergeraufsicht der AWU und trägt aus Sicht der Grünen Fraktion zur Transparenz bei. Die konzernähnliche Struktur der EKZ mit all ihren Beteiligungen bleibt trotzdem wenig übersichtlich und macht die politische Obergeraufsicht nicht einfacher.

Noch kurz zu den Eltop-Fachgeschäften: Dass die EKZ ihre Fachgeschäfte haben aufgeben müssen, bedauern wir sehr, können den Entscheid letztlich aber nachvollziehen. Wir möchten den EKZ unseren Dank aussprechen für die sorgfältige Ausarbeitung eines Sozialplans und die Arbeit der Begleitkommission.

Zum Schluss: Trotz unserer Kritik, insbesondere am Strommix, stellt die Grüne/AL/CSP-Fraktion fest, dass die EKZ ihren Leistungsauftrag für eine sichere, wirtschaftliche und umweltgerechte Stromversorgung erfüllt hat. Im Namen der Fraktion danke ich allen Verantwortlichen der EKZ und allen Mitarbeitenden für die geleistete Arbeit und beantrage, Rechnung und Geschäftsbericht zu genehmigen.

René Gutknecht (GLP, Urdorf): Sie haben die wichtigsten Informationen zum Geschäftsbericht bereits von Rolf Sägesser gehört und den Bericht der AWU vom Präsidenten vorgestellt bekommen. Ich zeige Ihnen nun die Aktualität des Berichts am heutigen Sechseläuten-Tag auf. Wie die Zünfte sich mit der Frauenzunft am Sechseläuten schwertun, so schwer hat es die Solarenergie bei den EKZ. Der CEO, Doktor Urs Rengel, schreibt im Geschäftsbericht, ich zitiere: «Unser Engagement in diesem Bereich liegt sowohl in KEV-geförderten (*kostendeckende Einspeisevergütung*) Projekten wie auch in eigenen Anlagen, die vorerst meist Pilot- oder Demonstrationscharakter aufweisen.» Der Frauenzunft sagt man auch nicht Nein, aber man sagt auch nicht Ja. Man schiebt das Thema mehr oder weniger elegant vor sich her. Die EKZ schreiben zwar auch in ihrem Bericht: «Fotovoltaik hat im Kanton Zürich gegenüber allen anderen erneuerbaren Energien, wie Biomasse, Wind, Wasser oder Erdwärme, mit Abstand das grösste Erzeugungspotenzial.» Aber unter «EKZ auf einen Blick» finden sich nur Zahlen von Wasserkraft und Windkraftproduktion. Vielleicht liegt es gar nicht an den EKZ, sondern am fehlenden Energieplanungsbericht des Regierungsrates. Auch der Regierungsrat schiebt das Thema «Energiewende» wenig elegant vor sich her. Deshalb haben wir Grünliberalen das Postulat zur Abgabe der Axpo-Beteiligungen vom Kanton an die Elektrizitätswerke des Kantons Zürich eingebracht, damit der Regierungsrat Zeit hat, den Energieplanungsbericht zu erstellen, und dies aus einer neutralen Aussensicht. Vielleicht würden dann die Regierungsräte auch in die gleiche Richtung gehen. Auf Seite 17 des Geschäftsberichts liest man, ich zitiere: «Die von der Axpo» – persönliche Anmerkung: zwei Regierungsräte im Verwaltungsrat – «durchgeführten Preiserhöhungen in der Strombeschaffung haben die EKZ» – persönliche Bemerkung: ebenfalls zwei Regierungsräte im Verwaltungsrat – «nicht im vollen Umfang an ihre Kunden weitergegeben, ein Umstand, der von den Grosskunden im Versorgungsgebiet sehr positiv aufgenommen wurde.» Diese

Interessenkonflikte bleiben für den Kanton Zürich Realität, solange die Regierung nicht die Mandate abtritt und die Aufgabe der Stromversorgung allein den EKZ übergibt. Die Regierung gibt die Rahmenbedingungen vor und die EKZ bestimmen, wie sie diese umsetzen. Gerne zitiere ich auch noch Herrn Rolf Sägesser: «Trotz fehlender rechtlicher und ordnungspolitischer Rahmenbedingungen für die Stromgesellschaften hat sich der Wettbewerb im Grosskundenmarkt deutlich akzentuiert.» Die Politik ist gefordert, wir sind gefordert.

Ein weiteres bedeutendes Thema ist die Energieeffizienz, welche die EKZ mit einem umfangreichen Massnahmenpaket finanzieren. Neben der klassischen Energieberatung gibt es EKZ-Stromdetektive, welche Sie auch vor Ort besuchen, wenn Sie es wünschen, und die Sendung «Fokus Energie» auf «TeleZüri» sowie Messeauftritte und attraktive Förderprogramme. Vielleicht sollten die EKZ von ihrem Motto wegkommen, die EKZ gehöre weiterhin zu den günstigsten Stromlieferanten. Mehr erneuerbare Energie im Strommix würde zwar einen höheren Strompreis ergeben, dafür mehr Interesse an Stromeffizienz und Stromsparen wecken, ohne teure Förderprogramme.

Die Schliessung der Eltop-Läden ist ein dunkles Kapitel des Geschäftsberichts. Die Grünliberalen setzten sich in der AWU für eine sachliche Beurteilung der Eltop-Läden ein. Die Problematik der über Jahre quersubventionierten Läden war bekannt und auch Millionen teure Investitionen in den letzten Jahren, um die Läden künstlich am Leben zu erhalten, überzeugten nicht. Die Grünliberalen hoffen, dass das Eltop-Elektroinstallationsgeschäft, welches weitergeführt wird und in welches nun wieder investiert wird, nicht um jeden Preis erhalten wird. Es ist nicht Sache eines Unternehmens des Kantons, freie Elektroinstallationsgeschäfte mit einer quersubventionierten Eltop-Kette zu konkurrenzieren.

Wir Grünliberalen machen es wie die Frauenzunft, welche bei jedem Sechseläuten auf ihre Art mitmachen, und werden der Rechnung und dem Geschäftsbericht 2012 zustimmen. Im Namen der Grünliberalen Fraktion danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der EKZ für ihre Leistung, die sie täglich für das Unternehmen erbringen. Ein ganz besonderer Dank gilt heute natürlich Herrn Rolf Sägesser, welcher nach 14 Jahren EKZ das Steuer schon bald seinem Nachfolger übergibt. Die Grünliberalen sind seit acht Jahren im Kantonsrat vertreten und ich bin noch nicht über die ersten vier Jahre hinweggekommen und war bis vor Kurzem gerade mal zwei Jahre in der AWU.

Wie soll ich nun ein so langes Engagement für die EKZ in vollem Umfang wertschätzen? Ich zitiere Sie: «Die EKZ sehen sich in ihrer vor Jahren definierten Strategie bestätigt.» Herr Sägesser, welcher Manager kann diese heute noch in einem Geschäftsbericht schreiben, wenn er schon bald das Steuer übergibt? Danke, Herr Sägesser.

Franco Albanese (CVP, Winterthur): Wir bedanken uns bei den verantwortlichen Organen der EKZ sowie bei allen Mitarbeitern, die zu diesem guten Geschäftsergebnis beigetragen haben. Die CVP-Fraktion folgt demnach, ohne um den heissen Brei zu reden, dem Antrag der Kommission einstimmig und empfiehlt die Rechnung und den Geschäftsbericht der EKZ für das Jahr 2011/2012 zur Annahme. Nachdem wir bereits im letzten Jahr den Schritt zur Rechnungslegung nach Swiss GAAP FER begrüßten, nehmen wir nun die in dieser Form erstmalige und erfolgreiche Konsolidierung mit Genugtuung zur Kenntnis. Der Weg zu einer Rechnungslegung, welche mit anderen schweizerischen Unternehmen nach «Best Practice» harmonisiert wurde, wurde somit erfolgreich umgesetzt. Die EKZ bewegen sich nun auf ein schwieriges und unsicheres Marktumfeld zu, das sich vor einer Reihe von grundlegenden Änderungen, wie der vollständigen Marktöffnung und der politisch forcierten Energiewende, befindet. Die EKZ haben sich in den letzten Jahren als selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt zu einem grundsoliden Mutterunternehmen mit konzernähnlicher Struktur entwickelt. Sie dürfen heute dank ihrer unternehmerischen Führungskultur mit Optimismus in die herausfordernde Zukunft schauen und diesen Weg selbst nach der vom Regulator geforderten Abtrennung der Monopolteile mit viel Zuversicht weiterführen. Essenziell hierbei ist jedoch die Zurückhaltung von Maximalforderungen durch die kantonale Politik, welche unserem Unternehmen in einem freien Markt sehr schnell existenzgefährdende Fesseln aufzwingen kann. Jeder hier im Rat sollte sich über die etwaigen Folgen einer dadurch provozierten Vernichtung von Volksvermögen bewusst sein. Unsere Skepsis zur weitergeführten Quotenstrategie konnte auch in diesem Jahr nicht ganz ausgeräumt werden. Ein physischer Transport von in ausländischen Anlagen produziertem Strom in die Schweiz gestaltet sich nach wie vor als schwierig bis unmöglich. Sie sind immer noch und dank der noch anhaltenden staatlichen Fördermodelle im nahen Ausland rein finanzielle Investitionsmöglichkeiten, welche aus unserer Sicht nur aus markttechnischen Überlegungen

getätigt werden dürften. Die Verfolgung einer solchen Strategie aus rein regulatorischem Quotendrang würde uns jedoch zumindest Anlass zu gewisser Sorge geben. Die Erweiterung erneuerbarer Energien auf Schweizer Territorium erachtet die CVP-Fraktion als wesentlich wertvoller, weil nur bei inländischen Investitionen unserem Bestreben nach Autonomie Rechnung getragen werden kann. Für die Gewinnung der heute bekannten neuen erneuerbaren Energien zeigt sich unser Land aber bis dato als nicht besonders prädestiniert, weshalb in Zukunft viel mehr auf neue Technologien in der Speicherung der elektrischen Energie gesetzt werden sollte. Dankeschön.

Ruth Kleiber (EVP, Winterthur): Der EKZ-Geschäftsbericht ist informativ und die Gestaltung der Broschüre gefällt mir sehr gut, unterlegt mit Fotos von Kundinnen und Kunden, die mit einem Satz aussagen, was ihnen wichtig ist. So zum Beispiel eine junge Frau: «Sorgenfrei und problemlos – ich kann mich bei der EKZ darauf verlassen, dass jederzeit Strom zur Verfügung steht.» Oder eine Familie sagt: «Zuverlässigkeit steht für uns an erster Stelle, aber auch das ökologische Engagement der EKZ wissen wir zu schätzen.» Und eine Vier-Generationen-Familie sagt aus: «Gut, dass die EKZ laufend in die Zukunft investiert.» Die EKZ müssen bei allen Geschäften die Zukunft vor Augen haben, das ist jedoch gar nicht so einfach. So zum Beispiel ist die volle Strommarktiliberalisierung in weiter Ferne. Der Wettbewerb im Strommarkt zeigt auf, wie die Margen unter Druck stehen. Die EKZ stellen sich der Dynamik im Strommarkt. Die EKZ sind nicht mehr nur Verkäufer, sondern auch Käufer. Im Geschäftsjahr 2011/2012 ergab sich insgesamt für die EKZ ein gutes Unternehmensergebnis von 64,5 Millionen Franken. Laufend werden Investitionen getätigt in die Versorgungssicherheit. Im vergangenen Geschäftsjahr waren dies 60 Millionen in Erhalt und Ausbau der Netzinfrastuktur. Auch wurde mehr Strom aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen. Der Standardmix besteht heute aus 60,3 Prozent Wasserkraft, im Vorjahr waren es 32 Prozent, und 38,2 Prozent Kernenergie, im Vorjahr waren es 66,9 Prozent. 1,5 Prozent fallen auf übrige erneuerbare Energien. Mit der Energieberatung unterstützen die EKZ ihre Kunden bei der Steigerung der Energieeffizienz. Mit der konsequenten Umsetzung können nachhaltige Einsparungen erzielt werden. Dies ist mittel- und auch langfristig ein Wettbewerbsvorteil, gerade auch für Grosskunden. Die EKZ sind stabil aufgestellt, rüsten

sich und sind bereit für die Zukunft, welche enorme Herausforderungen an die EKZ stellt. Die EKZ gehören zu den grössten Energieversorgungsunternehmen der Schweiz. Circa 1 Million Menschen profitieren von einer vorzüglichen Stromversorgung und einer breiten Dienstleistungspalette. Die EKZ beschäftigen 1600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon sind 200 Lehrlinge. Bei den Eltop-Läden waren Verluste entstanden. Die Schliessung der Läden ist bedauerlich, aber richtig. Die Läden hatten einfach zu wenig Umsatz. Die Leute kaufen heute vermehrt beim Grosshändler, Discounter oder im Internet ein. Ich finde es vorbildlich, wie die EKZ für ihr Personal der Eltop-Läden verträgliche, gute Lösungen sucht. Auch für die Lehrlinge wurden neue Lehrstellen gefunden.

Die EVP dankt allen bei den EKZ mitarbeitenden Personen. Die EVP schätzt ihre gute Arbeit und dankt für den Geschäftsbericht und die Rechnung. Die EVP wird die Rechnung und den Geschäftsbericht genehmigen.

Bruno Fenner (BDP, Dübendorf): An der letzten Fraktionssitzung befasste sich die BDP mit dem Geschäftsbericht und der Rechnung der EKZ für das Jahr 2011/2012. Die EKZ blicken auf ein erfolgreiches Jahr zurück. Das Geschäftsjahr konnte operativ nicht ganz an die Vorjahreswerte anschliessen. Das Ebit lag mit 74,5 Millionen Franken circa 16 Millionen unter dem Wert des letzten Jahres, was einerseits aufgrund ungenügender Wachstumsträger zu erklären ist. Glücklicherweise hat sich auf der andern Seite der Finanzertrag im Zuge der Börsen-Hausse um 35 Millionen Franken erholt. Folglich ergab sich ein Unternehmensergebnis auf hohem Niveau von 64,5 Millionen respektive circa 7 Prozent des Betriebsertrags. Ich verschone Sie auch dieses Jahr mit weiteren Details zu den Zahlen, diese können der Rechnung und dem Geschäftsbericht entnommen werden. Im Gegensatz zu anderen Geschäftsfeldern, wie Dienstleistungen für Dritte oder im Bereich Wärme-Contracting et cetera, kämpfte der Geschäftsbereich Eltop immer noch mit erheblichen Schwierigkeiten. Im Bereich der Elektroinstallationen ist das Marktvolumen zwar vorhanden, die knappen Margen und das eher schwierige Marktumfeld führen hier leider nicht zu den erwarteten Resultaten. Dass der Verwaltungsrat im Bereich der Eltop-Läden den Beschluss gefasst hat, die Reissleine zu ziehen und die Läden im Frühjahr 2013 zu schliessen, beurteilt die BDP als richtig. Die flankierenden Massnahmen und die Kommunika-

tion beim Abbau der Arbeitsplätze waren aus meiner Sicht vorbildlich. Im letzten Geschäftsbericht habe ich meine Gedanken bezüglich LED-Strassenleuchten kundgetan. Umso mehr hat es mich gefreut, dass die EKZ-Fachleute nach diversen ausgewerteten Feldversuchen bei Neuanlagen künftig noch stärker auf LED-Leuchten setzen als bisher. Da die Anschaffungskosten und die Lebensdauer von LED hoch sind, ist es wichtig, Ideen jetzt zu testen und Konzepte weiter zu diskutieren. Bereits ist jede zweite Leuchte, die die EKZ im vergangenen Jahr saniert und ersetzt haben, in LED-Technik realisiert. Und bei den neuerstellten Anlagen ist es bereits rund ein Drittel, bravo! Beeindruckt bin ich von dem sorgfältig ausgewählten Sponsoring der EKZ. Als öffentlich-rechtliches Unternehmen und als grosser kantonalen Arbeitgeber sind sich die EKZ ihrer sozialen Verantwortung gegenüber ihrem Umfeld bewusst und unterstützen weitgehend Menschen mit Behinderung. Als Dübendorfer besuchte ich auch letztes Jahr das 20. Love-Ride Switzerland. Die Motorradfahrer bieten Menschen, die vom Leben ausgebremst werden, die Möglichkeit, in Seitenwagen und Eco-Mobilen an der eindrucklichen Ausfahrt teilzunehmen. Seit Jahren sind an dieser Benefiz-Veranstaltung die EKZ als Teilsponsor dabei. Leider spielte das Wetter im letzten Jahr überhaupt nicht mit und es regnete den ganzen Tag. Nichtsdestotrotz konnten EKZ-Mitarbeitende über 2000 Teddybären gegen eine Spende den Besuchern abgeben. So konnten den Organisatoren rund 16'000 Franken übergeben werden. Der erzielte Erlös der Veranstaltung kommt vollumfänglich den muskelkranken und behinderten Menschen zugute. Bereits am Sonntag, dem 5. Mai 2013, steht das 21. Love-Ride bereits wieder vor der Tür. Bei gutem Wetter bilden jeweils gegen 17'000 Besucherinnen und Besucher und gut 10'000 Motorräder den spektakulären Rahmen für diesen Anlass. Leider fehlt mir hier die Zeit, auch die andern, genauso wichtigen Sponsortätigkeiten zu würdigen.

Die BDP-Fraktion bedankt sich bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die geleistete Arbeit und beantragt Ihnen, den Geschäftsbericht und die Rechnung zu genehmigen. Besten Dank.

Céline Widmer (SP, Zürich): Ich möchte kurz auf den schon angesprochenen Punkt eingehen, dass die EKZ nach wie vor viel zu wenig Frauen beschäftigen. Zu denken gibt es einerseits, dass der Frauenanteil der Gesamtbelegschaft gegenüber dem Vorjahr gesunken ist.

Auch wenn es sich um sehr wenige Prozente handelt – bei einem so geringen Anteil von unter 20 Prozent weiblichen Mitarbeitenden scheint mir dies ein besorgniserregendes Signal zu sein. Den EKZ würde es gut anstehen, Anstrengungen zu unternehmen, um den Anteil der Frauen in allen Bereichen zu erhöhen. Noch prekärer sieht es beim EKZ-Kader aus: Nur gerade 10 Prozent beträgt der Frauenanteil hier. Im 15-köpfigen Verwaltungsrat der EKZ ist nur gerade eine Frau vertreten. In der Geschäftsleitung fehlen Frauen gänzlich; dies, obwohl es gerade in den immer wichtiger werdenden Bereichen, wie Marketing, Kommunikation und Finance, sehr wohl gut ausgebildete Frauen gibt. Hier sind die EKZ und alle Fraktionen des Kantonsrates gefordert. Andere Energieunternehmen haben es geschafft, den Anteil der Frauen im Kader zu erhöhen, wir haben es gehört. Mich interessiert daher sehr, was die EKZ unternehmen, um den Frauenanteil bei den Mitarbeitenden und vor allem im Kader zu erhöhen. Ich bin gespannt auf die Antwort auf meine Anfrage, die ich diesbezüglich eingereicht habe. Es ist äusserst wichtig, dass die EKZ mit einer umfassenden Strategie und konkreten Massnahmen den Anteil der Frauen in ihren Kaderpositionen erhöhen, damit im Kanton Zürich die Frauen bei der aktiven Strategieentwicklung für die Energiewende auch angemessen Verantwortung übernehmen können. Vielen Dank.

Rolf Sägesser, Verwaltungsratspräsident der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich: Ich nehme gerne Stellung zu ein paar Stichworten.

Frauenanteil: Ich gebe Ihnen recht, ich bin ja selber auch Ingenieur und Unternehmer. Man kann auch in technischen Berufen tatsächlich mehr Frauen in wichtigen und in fast allen Funktionen beschäftigen. Die Geschäftsleitung ist daran, sich da in der Strategie oder in der Personalpolitik noch etwas anders auszurichten.

Stichwort Pensionskasse: Wir bezahlen einen einmaligen Beitrag von 15 Millionen Franken, nicht einen wiederkehrenden. Und wir haben eine sehr gute Lösung mit der Pensionskassen-Stiftung gefunden. Es ist ja nicht eine Lösung nur für die EKZ, sondern eine Strombranchenlösung in der Stiftung, die meines Erachtens für staatsnahe Betriebe sehr fortschrittlich ist und die Risiken und die Veränderungen mehrfach trägt. Das heisst auch, die Angestellten je nach Alterskategorie tragen bei diesen Veränderungen des Umwandlungssatzes und der demografischen Veränderungen mit.

Drittens, Strommix: Es stimmt also nicht, wir haben mit den Zertifikaten heute tatsächlich einen Strommix, wie er ausgewiesen ist. Aber dass der physische Strom etwas anders ist, das ist ja bekannt und das ist auch die eigenartige Situation in der Elektrizität. Also wenn Basel einen Strommix ausweist, der nur Nuklearstrom hat, aber der physische Strom tatsächlich vom nahen Fessenheim kommt, dann ist das eben Elektrizitätsrealität, und das muss man so verstehen.

Die Corporate-Governance-Frage von Maria Rohweder, dass der Kantonsrat beziehungsweise die AWU noch anders in die Tochtergesellschaften Einblick haben könnte oder sollte, teile ich gar nicht. Ich glaube, der Verwaltungsrat hat die primäre Zuständigkeit. Und dieses Gremium (*der Kantonsrat*) wählt ja den Verwaltungsrat. Also das ist dann auch eine Vertrauenssache, ob Sie Ihrem eigenen gewählten Verwaltungsrat überhaupt vertrauen, wie er funktioniert. Deshalb bleibt die Rolle der AWU bestehen im Dialog zum Verwaltungsrat. Und selbstverständlich ist dabei eine offene Kultur wichtig, damit Transparenz möglich ist und Vertrauen geschaffen werden kann.

Dann, René Gutknecht, mehr Fotovoltaik: Also wir suchen intensiv nach grossen Flächen. Die sind aber auch noch von andern begehrt und zum Teil auch von den Besitzern dieser grossen Flächen. Es ist also gar nicht so einfach, an grosse Flächen heranzukommen. Und irgendwelche Flächen zu nehmen, damit wir dann eine Verteuerung des Stroms haben, dazu sind wir nicht bereit. Denn es ist nicht so, dass Strom, der durch erneuerbare Energie verteuert ist, beim Kunden etwas auslöst. Die Realität, die wir im Alltag kennen, ist eine ganz andere: Was zählt, ist der Preis – und nichts anderes.

Dann die zentrale Frage, die von verschiedenen Referenten gestellt wurde und insbesondere von Katharina Weibel: Sind wir mit diesen Massnahmen genügend zukunftstauglich oder hängt es nur von einem guten Börsenjahr ab? Da kann ich sagen, dass wir sehr zuversichtlich sind, dass wir auf einem guten Weg sind auch für ruppige Zeiten, sprich den letzten Schritt der Marktöffnung, wenn es Jahre oder Phasen geben wird, in denen mit dem Strom nichts zu verdienen sein wird, dass wir genügend andere Geschäftsfelder haben, genügend breit aufgestellt sind und selbst aktiv Kunden anwerben können ausserhalb des heutigen Gebietes. Wir arbeiten also zentral an dieser strategischen Frage und sind weit fortgeschritten. Also wir reden von einer absehbaren Zukunft, in der wir diesen Punkt erreichen; da bin ich sehr zuversichtlich. Wichtig ist aber, dass Sie den EKZ lange Leine

lassen, damit sie im unternehmerischen Markt bestehen können. Das ist absolut zentral eine Forderung an dieses Parlament. Besten Dank.

Detailberatung

Titel und Ingress

I–IV

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 156 : 0 Stimmen (bei 2 Enthaltungen), der Vorlage 64a/2013 zuzustimmen und die Rechnung und den Geschäftsbericht 2011/2012 der EKZ zu genehmigen.

Das Geschäft ist erledigt.

Verabschiedung von Rolf Sägesser als Verwaltungsratspräsident der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich

Ratsvizepräsident Bruno Walliser: Mit dem soeben genehmigten Berichtsjahr der EKZ haben wir Verwaltungsratspräsident Rolf Sägesser letztmals in offizieller Mission vor diesem Rat begrüssen dürfen. Nach 14-jähriger Zugehörigkeit wird er per Jahresmitte aus dem obersten Leitungsorgan unserer EKZ ausscheiden. Deshalb möchte ich Rolf Sägesser heute nicht ohne ein Extrawort des Dankes zurück an den heimatlichen Greifensee ziehen lassen oder an das Sechseläuten.

Der studierte Bauingenieur ETH trägt seit 2007 die oberste Verantwortung für die Geschicke der EKZ und damit auch für die Versorgungssicherheit von gut 1 Million Stromkunden sowie rund 1500 Mitarbeitende. Dabei hat es Rolf Sägesser ausgezeichnet verstanden, das in seinem eigenen Betrieb unter Beweis gestellte unternehmerische Geschick ebenso wirkungsvoll in den EKZ-Verwaltungsrat hineinzubringen. Als Beispiel dafür möchte ich den vor vier Jahren erfolgten Einstieg in die Produktion von neuartigen und nachhaltigen

Energien im In- und Ausland erwähnen. Mit den bekanntermassen stark divergierenden Meinungen in Energiefragen wusste Rolf Sägeser äusserst sensibel umzugehen. Entsprechend ist es dem langjährigen früheren FDP-Kantonsrat auch im Verwaltungsrat der EKZ stets von Neuem gelungen, Mehrheiten für zukunftssträchtige Lösungen zu finden. Rolf Sägeser führte das strategische Organ unseres kantons-eigenen Stromversorgers umsichtig und souverän und ist dabei auch höchsten Ansprüchen an einen modernen Betrieb gerecht geworden.

Im Namen des Kantonsrates als oberste Wahl und Aufsichtsbehörde danke ich Rolf Sägeser herzlich für sein verdienstvolles Wirken an der Spitze unserer EKZ. Als äusseres Zeichen unserer Anerkennung überreiche ich dir, lieber Rolf, einen goldgerahmten Stich unseres Rathauses. Möge dich die historische Darstellung unseres kantonalen Parlaments- und Regierungsgebäudes stets an deine vielfältigen und beständigen Engagements im Dienste des Standes Zürich erinnern. *(Applaus. Der Ratsvizepräsident überreicht Rolf Sägeser den goldgerahmten Stich.)*

Rolf Sägeser, Verwaltungsratspräsident der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich: «Herzlichen Dank» ist alles, was ich zu sagen habe. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg bei den weiteren Geschäften und alles Gute. Danke.

Ratsvizepräsident Bruno Walliser: Ich wünsche Rolf Sägeser einen erfolgreichen Abschluss seiner Präsidialzeit und auch weit darüber hinaus rundum alles Gute und einen schönen Frühlingstag. Besten Dank.

Fraktionserklärung der Grünen, AL und CSP zur Bebilderung der Abstimmungszeitung

Markus Bischoff (AL, Zürich): Ich verlese Ihnen eine Fraktionserklärung zum Thema «Boulevard- oder Abstimmungszeitung?».

Gemäss Pressemitteilung des Regierungsrats vom 15. September 2005 muss in der Abstimmungszeitung – ich zitiere – «der Inhalt der Vorlage korrekt, ausgewogen, kurz, lückenlos, klar und verständlich, ohne manipulative Hervorhebungen und ohne tendenziöse Bilder dargestellt werden». Der Regierungsrat wiederholte damit, was Gesetz und Rechtsprechung schon lange zu diesem Thema gesagt haben.

Diesen ehernen Grundsatz missachtet der Regierungsrat nun selbst. Die auf dem Internet einsehbare Abstimmungszeitung über das «Hooligan-Konkordat» (*Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen*) beinhaltet als einziges Gestaltungsmittel der regierungsrätlichen Bleiwüste zwei Farbfotos mit Gewaltszenen aus einem nicht bezeichneten Fussballmatch. Eine Legende zu den Fotos fehlt völlig. Suggestiert wird, solches sei in den Fussballstadien Alltag und mit der Gesetzesverschärfung werde solches verhindert. Beides ist falsch.

Abstimmungsvorlagen sind komplizierter und können nicht auf Farbfotos reduziert werden. Wenn das Beispiel des Regierungsrates Schule macht, verkommen Abstimmungszeitungen zu Fotomagazinen der gegenseitigen Stimmungsmache. Wollen Sie wirklich, dass bei Abstimmungen über das Passivrauchen Lungenkrebsbilder oder bei der Abstimmung über die sogenannte Bonzensteuer die Villen der Reichen veröffentlicht werden?

Wir fordern den Regierungsrat auf, das Gesetz zu beachten, Neutralität zu wahren und die Abstimmungszeitung ohne die beiden Bilder zu versenden.

Dank für die Zwischenverpflegung

Ratsvizepräsident Bruno Walliser: Bevor ich Sie in die Pause entlasse, möchte ich dem edlen Spender für die Zwischenverpflegung heute am Sechseläuten, Kantonsrat Hans-Peter Amrein, herzlich danken. (*Applaus.*)

5. Beschluss des Kantonsrates über die Genehmigung der Rechnung und des Geschäftsberichts der Zürcher Kantonalbank für das Jahr 2012

Antrag des Bankrates der Zürcher Kantonalbank vom 25. Februar 2013 und Antrag der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen vom 3. April 2013

KR-Nr. 73a/2013

Ratsvizepräsident Bruno Walliser: Eintreten ist obligatorisch. Zu diesem Geschäft begrüsse ich den Präsidenten des Bankrates, Doktor

Jörg Müller. Vorgesehen ist der gleiche Behandlungsablauf wie beim Geschäft der EKZ. Die Eröffnung macht der Präsident des Bankrates während zehn Minuten, danach hat der Präsident der AWU, Benedikt Geschwind, ebenfalls für zehn Minuten das Wort. Danach folgen die Fraktionssprecherinnen und -sprecher mit ebenfalls zehn Minuten Redezeit. Darauf folgend haben die übrigen Mitglieder des Rates je fünf Minuten Redezeit. Danach schliessen die Vertretung der ZKB und der Kommissionspräsident mit einer Replik die Debatte.

Jörg Müller, Präsident des Bankrates der Zürcher Kantonalbank (ZKB): Mit dem Jahr 2012 erlebten wir bereits das sechste Jahr nach Ausbruch der Finanzkrise von 2007. Das Ausmass dieser Krise belastet die weltweite Wirtschaft, aber auch viele, vor allem europäische Staaten bis heute. Auch wenn die gegenwärtigen Höhenflüge der Aktienmärkte auf eine wirtschaftliche Beruhigung hindeuten scheinen, so ist es noch zu früh, sicher zu sein, dass einzelne Sturmböen, wie jüngst in Zypern, nicht wieder beträchtliche Schäden auch in unserer Wirtschaft verursachen können. Die Finanzwelt von 2012/2013 ist eine andere, als sie 2007 war. Der Beitrag der Finanzindustrie an das schweizerische Bruttoinlandprodukt ist heute noch nominal 75 Prozent so gross, wie es 2007 war. Das Wachstum des Schweizer BIP (*Bruttoinlandprodukt*) von 2012 von 1 Prozent wurde getrieben vom privaten und öffentlichen Konsum und nicht vom Export und eben auch nicht mehr von der Finanzindustrie. Diese ist im letzten Jahr nämlich nur noch um 0,2 Prozent gewachsen. Wenn die Finanzindustrie kränkt, dann hustet auch der Kanton Zürich. Mit 100'000 Erwerbstätigen mit 30 Milliarden Franken und 22 Prozent Bruttowertschöpfung trägt die Finanzindustrie am meisten zum Zürcher Wohlstand und damit zur Zürcher Steuerkraft bei. Der Schweizer, der Zürcher Finanzplatz ist traditionell überproportional gross im Verwalten von grossen Vermögen. Jeder vierte Franken, Dollar, Euro weltweit, der nicht im Wohnsitzland des entsprechenden Eigentümers liegt, wird in der Schweiz verwaltet. Die Zürcher Kantonalbank notabene ist im Bereich der internationalen Vermögen mit 7 Prozent ausländischer Vermögen am Gesamtbestand aber nur unterproportional vertreten. Im Wettbewerb der globalen Finanzplätze gehört Zürich zwar immer noch zu den Top Ten, doch die anderen Finanzplätze wachsen seit Längerem schneller als Zürich. Oder anders gesagt: Zürich verliert kontinuierlich an weltweitem Marktanteil dieser wert-

schöpfungsstarken Branche. Die Gründe dafür sind mehrere, wichtig erscheinen mir aber deren fünf, die sich gegenseitig noch verstärken.

Erstens: Der immense internationale Druck auf den Finanzplatz Schweiz hinterlässt seine sichtbaren Spuren.

Zweitens: Wegen des sehr schädlichen Verhaltens einiger weniger Banken ging der Schweiz viel, zu viel Vertrauen in den Finanzplatz verloren. Als Folge davon hat der Schutz des Finanzplatzes durch Bundesbern in jüngster Zeit stark abgenommen. Dies im Unterschied zum staatlichen Schutzschirm, die Banken anderer Länder geniessen. In der Schweiz erleben wir mehr als einen Liebesentzug durch die Öffentlichkeit und Bundespolitik. Alle Banken werden gegenwärtig meist undifferenziert in die gleiche Schublade geworfen und als der realen Welt entfremdete und volkswirtschaftlich gefährliche Organisationen gesehen, die von Managern geführt werden, die nur das persönliche Wohl vor Augen haben. Das Eigenbild der Zürcher Kantonalbank ist übrigens ein anderes.

Drittens: Das weltweite Wirtschaftswachstum findet seit Längerem fern von Zürich, schwergewichtig in Ostasien und Südamerika, statt.

Viertens: Die beiden Schweizer Grossbanken haben in den letzten fünf Jahren nicht vergleichbar wie davor zum Wachstum beigetragen.

Und letztlich fünftens: Die Regulation der schweizerischen Aufsichtsbehörde Finma (*Eidgenössische Finanzmarktaufsicht*) hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Deren Fokus liegt dabei gemäss Aussagen des Finma-CEO explizit nicht auf der Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Branche. So werden konsequenterweise auch meistens internationale Regulatoren mit einem «Swiss Finish» noch deutlich verschärft. Die Erhöhung der Eigenmittelvorschriften wirft bekanntlich ihre Wellen bis hin in den Zürcher Kantonsrat. Der Finanzplatz Schweiz durchlebt damit zurzeit gleichzeitig eine Sinnkrise, einen Bedeutungsverlust und einen eigentlichen Paradigmenwechsel in den Geschäftsmodellen. Dies alles geht nicht spurlos an unserer Kantonalbank vorüber. Ein Paket von Anträgen für normative Weichenstellungen haben wir Ihnen unlängst vorgelegt. Auf der strategischen Ebene haben uns letztes Jahr verschiedene Themen besonders beschäftigt: Verabschiedung der Kapitalplanung und Erhöhung des Eigenmittelanteils durch verschiedene Massnahmen, zum Beispiel die Emission einer nachrangigen Anleihe mit einem Volumen von 590 Millionen Franken; Etablierung einer eigenen

Stimme der Inlandbanken in Bundesbern mit einem ersten Erfolg, nämlich der Reduktion der Ungleichbehandlung bei den Eigenmittelvorschriften im Vergleich zu den beiden Grossbanken; die Fortsetzung unserer Anstrengungen zur Durchsetzung der Steuerkonformität internationaler privater Kunden durch Verankerung dieses Grundsatzes in unserer Konzernstrategie; die Validierung unserer Vertriebsstrategie; Kontakt mit den US-Behörden im Rahmen des Steuerstreits; Massnahmen gegen die Kostenschere aus stagnierenden Erträgen in allen Segmenten und steigenden Aufwänden, zum Beispiel durch einen Einstellungsstopp und die Lancierung eines Projektes zur Effizienzsteigerung; konzeptionelle Weiterentwicklung der technischen Grundlagen der Bank, unserer IT-Plattform; und letztlich die Sicherstellung der Kontinuität in der Führung durch die Auswahl und Wahl von zwei neuen Geschäftsleitungsmitgliedern.

Ausgehend von den letztjährigen Rahmenbedingungen sind wir zufrieden mit unserem Geschäftsergebnis. Im Namen des Bankrates, des Bankpräsidiums und der Geschäftsleitung, aber auch im Namen aller 5068 Mitarbeitenden der Zürcher Kantonalbank danke ich an dieser Stelle für die folgende Würdigung unserer Geschäftstätigkeit im Jahre 2012. Die Zahlen, Fakten und viele Kommentare des Geschäftsberichts 2012 haben Sie in unserem über 200-seitigen Geschäftsbericht gefunden. Der Geschäftsbericht 2012 ist über 40 Seiten dicker als im Vorjahr. Dieses Jahr steht er unter dem Titel «Blickwinkel». Wir wollen mit 42 bildlichen Blickwinkeln auf der Titelseite – Lernende unserer Bank – veranschaulichen, dass der Kanton Zürich 1,4 Millionen verschiedene Realitäten und Blickwinkel kennt, wir wollen für sie alle ein verlässlicher Partner sein.

Erstmals wird der Geschäftsbericht ergänzt um einen 50-seitigen Nachhaltigkeitsbericht. Damit beschreiten wir nicht nur für unsere Bank, sondern grundsätzlich Neuland in der öffentlichen Berichterstattung. Eine Zusammenfassung des Geschäftsberichts ist durch den Bankrat und die AWU bereits schriftlich erfolgt, auf ein Konzentrat dieser Zusammenfassung möchte ich an dieser Stelle verzichten. Ich möchte aber einige Aspekte beleuchten.

Mit einem betrieblichen Konzerngewinn von 744 Millionen beweist die Zürcher Kantonalbank, dass ihre Ertragskraft solide und auch im langjährigen Vergleich stabil ist. Dies ist unserer ertrags- und risikodiversifizierten Strategie geschuldet, die zwischenzeitlich auf drei stabilen Ertragspfeilern steht, wobei nach wie vor der Zinsertrag der

stärkste ist. Beachtenswert am letztjährigen Gewinn ist sicherlich, dass er der zweithöchste in der schweizerischen Bankenlandschaft ist. Einen doppelt so hohen Gewinn wie die ZKB erzielte eine Grossbank, welche bezüglich Mitarbeiterzahl neunmal und bezüglich Bilanzsumme sechsmal grösser ist als die ZKB. Bemerkenswert scheint mir noch eine besondere Renditerechnung: Der Kanton Zürich trägt mit dem Dotationskapital einen Finanzierungsanteil von 1,925 Milliarden Franken. Setzt man den letztjährigen Gewinn von 744 Millionen dazu ins Verhältnis, erzielt der Kanton Zürich eine Rendite des eingesetzten Kapitals von 39 Prozent. Eine vergleichbare Rendite erzielt er übrigens auch seit Jahren. Die Ausschüttung an Kanton und Gemeinden ist seit Jahren konstant. In den letzten zehn Jahren hat die Bank 3,2 Milliarden ausgeschüttet und 4,1 Milliarden zur Stärkung des Eigenkapitals zurückbehalten. Zusammen mit dem Leistungsauftrag hat die ZKB 2012 für den Kanton 477 Millionen Franken an Leistung erbracht. Aufgrund der Stabilität der Leistungskraft, des Risikoprofils und des hohen Eigenkapitals der Bank einerseits und des guten Ratings des Kantons anderseits verfügen wir auch 2013 über ein Triple-A-Rating der drei Rating-Agenturen. Damit gehören wir weltweit zu einer sehr übersichtlichen Gruppe von Banken mit der Bestnote. Unser Eigenkapital-Anteil lag per Ende des Jahres bei 15,2 Prozent, was uns im internationalen und nationalen Quervergleich einen Spitzenplatz verleiht. Das breit abgestützte gute Ergebnis der Bank ist das Resultat der Arbeit von über 5000 qualifizierten Mitarbeitenden, welche im Durchschnitt je 150'000 Franken Gewinn erwirtschaftet haben. Gewinn erzielt man nur bei guter Leistung gegenüber dem Kunden, bekanntlich jede zweite Zürcher Privatperson und jede zweite Unternehmung. Die hohe Kundenzufriedenheit spiegelt sich in einer breit angelegten schriftlichen und telefonischen Kundenzufriedenheitsumfrage des letzten Jahres wider. Die hohe Qualität der Leistung zeigt sich aber auch in den gewonnenen Preisen, exemplarisch nur die drei folgenden: In diesen Tagen wurde die ZKB vom amerikanischen «Global Finance Magazine» wieder als sicherste Universalbank der Welt erkoren. Zum dritten Mal in Folge wurde die ZKB letzte Woche von der Zeitschrift «Bilanz» als Gesamtsieger aller in der Schweiz tätigen Banken in einem Blindtest «Private Banking» erkoren. Und von «Feri EuroRating» wurde die ZKB zum besten Asset-Management-Spezialanbieter gekürt.

Ich danke Ihnen im Namen von Bankrat, Bankpräsidium, Geschäftsleitung und Mitarbeitenden für Ihr Vertrauen in die Zürcher Kantonalbank, in ihre Mitarbeitenden und ihre Organe. Wir sind bestrebt, diesem Vertrauen gegenüber Ihnen und gegenüber unseren Zürcher Kundinnen und Kunden auch im 143. Altersjahr durch Verlässlichkeit, Berechenbarkeit und Stabilität gerecht zu werden. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit. Danke.

Benedikt Gschwind (SP, Zürich), Präsident der Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen (AWU): Ich werde meine Ausführungen wie folgt gliedern: Zunächst werde ich aus der Sicht unserer Kommission einige Bemerkungen zu Ereignissen und Ergebnissen des Geschäftsjahrs 2012 anführen, etwas zur Berichterstattung über den Leistungsauftrag sagen, zu den Vermögensverwaltern, zum allgemeinen Umfeld der Finanzbranche und schliesslich unsere Anträge formulieren.

Unsere Kommission hat Rechnung und Geschäftsbericht für das Jahr 2012 und die Erfüllung des Leistungsauftrags an mehreren Sitzungen gemeinsam mit den Verantwortlichen der ZKB beraten. Das sind in der Regel immer das vollzählige Bankpräsidium und die jeweils Verantwortlichen der Generaldirektion. Auf das zufriedenstellende Geschäftsergebnis hat der Bankpräsident bereits hingewiesen. Es konnte ein Konzerngewinn von 744 Millionen Franken erwirtschaftet werden, im Bankenumfeld des vergangenen Jahres sicher ein gutes Ergebnis. Für den leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr sind die Passivmarge durch das Zinsniveau und die freiwillige Vorwegnahme der strengeren Liquiditätsvorschriften die Hauptursachen. Sicher trägt das diversifizierte Geschäftsmodell dazu bei, dass negative Entwicklungen in einem Geschäftsbereich mit Erfolgen in einem anderen ausgeglichen werden können. Die AWU hat sich immer wieder mit der Entwicklung im Kerngeschäft der ZKB, dem Hypothekargeschäft, auseinandergesetzt. Das seit 2007 gestiegene Bevölkerungswachstum, der gesteigerte Platzbedarf durch veränderte Haushaltstrukturen, zunehmende Einkommen und die Attraktivität von Wohneigentum, tiefe Zinsen stehen einer trägen Reaktion auf der Angebotsseite gegenüber. Die anhaltende Nachfrage führt zu weiter steigenden Preisen, eine Trendwende ist nicht in Sicht. Unter dem Motto «Qualität vor Quantität» hat die ZKB die Weisung erlassen, eine verantwortungsbewusste Kredit- und Vergabepolitik zu pflegen. Damit werden sowohl Bank

wie Kundschaft vor Schaden geschützt. Trotzdem sollen besondere Anliegen, wie der gemeinnützige Wohnungsbau oder nachhaltiges Bauen, unterstützt werden. Aber um der Überschuldungsgefahr zu entgehen, werden der Höhe der Belehnung und der Tragbarkeit grösste Aufmerksamkeit geschenkt. Die AWU begrüsst diese Massnahmen und wird den Markt weiter beobachten.

Das Jahr 2012 stellte jedoch auch betriebliche Herausforderungen. So kam die Generaldirektion nicht darum herum, angesichts der schwächelnden Konjunktur und der höheren Eigenkapitalanforderungen unpopuläre Massnahmen auf der Kostenseite zu beschliessen. So gilt seit dem 2. Halbjahr ein Einstellungsstopp, was bei einer Fluktuation von 6 Prozent zu einer natürlichen Kostenbremse führt. Neubesetzungen werden nur in Ausnahmefällen bewilligt. Ausserdem hat die Pensionskasse nach dem Primatwechsel ins Beitragsprimat und der Senkung des technischen Zinssatzes einen grösseren Finanzierungsbedarf, wenn umfangreiche Sanierungsbeiträge durch Bank und Versicherte oder ein grösserer Leistungsabbau verhindert werden sollten. Der Bankrat hat deshalb eine Einmaleinlage in der Höhe von 150 Millionen Franken beschlossen. Dieser Beitrag gab in der AWU durchaus zu Diskussionen Anlass. Auch stellte sich die Frage, ob man mit diesen Anpassungen zu lange gewartet hat. Die Mehrheit der Kommission ist jedoch der Meinung, dass im Interesse der Attraktivität der ZKB als attraktive Arbeitgeberin dieser einmalige Beitrag gerechtfertigt ist.

Die Berichterstattung über den Leistungsauftrag ist neu vorne im Geschäftsbericht zu finden. Wir begrüssen dies sehr, ist es doch der Leistungsauftrag, der der ZKB ihr eigenes Profil als Bank gibt und die öffentlich-rechtliche Stellung auch legitimiert. Wie die ZKB ihren Versorgungs-, Unterstützungs- und Nachhaltigkeitsauftrag umsetzt, finden Sie auf den Seiten 12 bis 17. Wie jedes Jahr hat die AWU ein Schwerpunktthema für die Berichterstattung in einem separaten Bericht in Auftrag gegeben. Sie hat sich dabei für das Leistungsauftragselement «Förderung des Wohneigentums und des gemeinnützigen Wohnungsbaus» entschieden. Beim Wohneigentum ist die ZKB als Marktführerin mit der Start-Hypothek und den Umweltdarlehen bereits sehr gut aufgestellt. Beim gemeinnützigen Wohnungsbau sehen wir von der AWU durchaus noch Potenzial. Zwar ist die ZKB eine zuverlässige Geschäftspartnerin für Wohnbaugenossenschaften, ein stärkeres Engagement der ZKB mit eigenen Projekten im Rahmen des

Leistungsauftrags vor allem in Gebieten des Kantons, die in dieser Hinsicht noch unterversorgt sind, wäre zu begrüßen.

Im Weiteren hat sich die AWU im Berichtsjahr etwas genauer mit der Zusammenarbeit mit externen Vermögensverwaltern auseinandergesetzt. Vor allem im Private Banking spielt dieser Vertriebszweig eine wichtige Rolle. Er bietet die Chance, Kunden zu gewinnen, die den persönlichen Service eines externen Vermögensverwalters bevorzugen. Es besteht jedoch die Gefahr, die Kontrolle zu verlieren, ob die bankeigenen Anforderungen hinsichtlich Steuertransparenz und Geldwäscherei immer erfüllt werden. Die ZKB hat deshalb die Richtlinien über die Zusammenarbeit mit externen Vermögensverwaltern verschärft, nachdem auch die Finma höhere Anforderungen an diesen Berufszweig stellt. Eine Subkommission der AWU konnte sich vor Kurzem vor Ort ein Bild über die Zusammenarbeit mit externen Vermögensverwaltern und den Qualitätsprüfungen machen, welche konsequent umgesetzt werden. Die AWU erachtet dies im Hinblick auf eine glaubwürdige Politik bei der Steuertransparenz und aus Reputationsgründen für unabdingbar.

Wir haben an dieser Stelle bereits vor Jahresfrist auf die verstärkten Eigenkapital-Vorschriften für die Banken im Rahmen von Basel III und dem Swissfinish und den damit verbundenen Konsequenzen auch für die ZKB hingewiesen. In der Zwischenzeit, spätestens mit der Präsentation der Anträge des Bankrates für eine Erhöhung des Dotationskapitals sind diese Hintergründe nun jedem Mitglied des Kantonsrates offiziell bekannt. Die AWU hat sich im Vorfeld dieser Anträge, auch der Gesetzesrevisionen mit diesen Fragen befasst. Ich möchte der Arbeit der Spezialkommission nicht vorgreifen. Aus AWU-Sicht möchte ich jedoch vor allem festhalten, dass wir mit den Grundzügen des Wahlreglements zufrieden sind. Dieses Thema hat uns ja seit Beginn der Legislatur beschäftigt.

Die steuerrechtliche Entwicklung im In- und Ausland ist so dynamisch, dass eine Kommentierung schnell wieder veraltet ist. Ich verzichte deshalb an dieser Stelle darauf, verweise auf unseren schriftlichen Bericht und gehe davon aus, dass uns dieser Themenkreis auch im kommenden Jahr auf Trab halten wird. Dabei werden wir uns selbstverständlich vom Grundsatz der Steuerkonformität leiten lassen.

Es bleibt mir der Dank an meine Kolleginnen und Kollegen der AWU für die angenehme Zusammenarbeit, an die Vertreter der Bankorgane mit dem Bankpräsidium an der Spitze, namentlich Jörg Müller, Janos

Blum und Bruno Dobler, die jeweils zu dritt an unseren Sitzungen teilnehmen und so das Sechs-Augen- und Sechs-Ohren-Prinzip auch leben. Ich danke auch den Mitgliedern der Generaldirektion und weiteren Fachverantwortlichen für die inhaltliche und dem Stab des Bankpräsidiums für die organisatorische Unterstützung sowie allen Mitarbeitenden der ZKB, die zu einem erfolgreichen Geschäftsjahr 2012 beigetragen haben.

Unsere Kommission hat den Geschäftsbericht und den Bericht zum Leistungsauftrag eingehend beraten sowie die Einhaltung des Entschädigungsreglements geprüft und stellt Ihnen die folgenden Anträge: Erstens Genehmigung des 143. Geschäftsberichts, zweitens Kenntnissnahme der Gewinnverwendung und drittens Erteilung der Entlastung an die Bankorgane für das Geschäftsjahr 2012. Ich danke Ihnen.

Ruedi Menzi (SVP, Rüti): Der Leistungsauftrag ist im Zweckartikel des Gesetzes über die Zürcher Kantonalbank verankert und bildet das Fundament für die Geschäftstätigkeit. Die Bank erhält damit den öffentlichen Auftrag, mit einer auf Kontinuität ausgerichteten Geschäftspolitik eine verlässliche Partnerin für die Zürcher Bevölkerung und ihre Kunden zu sein. Der Gesetzgeber – und damit die kantonale Bevölkerung – verzichtet zugunsten des Leistungsauftrags auf eine Renditenmaximierung. Die Bank wird daher nicht nur an der Rentabilität gemessen, sondern auch daran, wie sie zur Entwicklung der Region im Sinne des gesetzlichen Auftrags beiträgt. Die Zürcher Kantonalbank bildet damit ein bedeutendes Gegengewicht zu den ausschliesslich gewinnorientierten Gross- und Privatbanken. Die ZKB befindet sich beim Versorgungs- und Nachhaltigkeitsauftrag in der oberen Hälfte des jeweiligen Zielbandes, beim Unterstützungsauftrag leicht darüber. Der Leistungsauftrag wurde somit im Geschäftsjahr 2012 erfüllt.

Nun zum Monetären. Die ZKB hat auf der Ertragsseite sehr gut gearbeitet, wurden doch im Zinsgeschäft 1,154 Milliarden Franken erwirtschaftet. Das Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft steuerte 536 Millionen Franken zum guten Ergebnis bei und im Handelsgeschäft wurden 379 Millionen Franken erwirtschaftet. Der Betriebsertrag total stieg auf 2,122 Milliarden Franken. Leider ist auch der Betriebsaufwand gestiegen, sodass der Konzerngewinn bei leichter Abnahme auf Vorjahresniveau blieb. Die Ausschüttung an Kanton und

Gemeinden konnte zum vierten Mal hintereinander auf gleichem Niveau gehalten werden, das ist erfreulich. Es stellt sich aber die Frage – und diese Frage wird sich auch die Spezialkommission stellen müssen –, ob eine Reduktion der Ausschüttung zugunsten des Eigenkapitals sinnvoll wäre. Obwohl der Entscheid, einige Immobilien an guter Lage abzustossen, nicht in das Geschäftsjahr 2012 fällt, darf dies sicher kurz angesprochen werden. Es stellt sich die Frage, warum eine Bank Immobilien an bester Lage verkauft, wenn andere, wie Versicherungen und Pensionskassen, solche als Kapitalanlage suchen. Eine Lösung wäre sicher zu prüfen, diese Objekte einem Immobilienfonds zuzuweisen. Anleger für einen solchen Fonds wären sicher vorhanden.

Pensionskasse: Als Aufsichtsbehörde darf man auch einmal kritisch sein, ja, man ist sogar aufgefordert, auf Schwachstellen oder Fehlentwicklungen hinzuweisen. In diesem Zusammenhang spreche ich die Situation der ZKB-Pensionskasse an. Im ersten Halbjahr 2012 hat die ZKB der Pensionskasse einen einmaligen Betrag von 150 Millionen Franken bezahlt; dies um die Folgen des Wechsels vom Leistungs- zum Beitragsprimat und einer Zinssenkung von 3,5 auf 3 Prozent abzufedern. Das hat auch die Presse auf den Plan gerufen. Der «Tagi» (*Tages-Anzeiger*) schrieb: «Eigentlich wäre es die Aufgabe des Kantonsrates, die Geschäftsführung der kantonseigenen Betriebe zu kontrollieren. Das Parlament hat diese Aufgabe an die Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen, AWU, delegiert, in der ein Dutzend gewählte Kantonsräte sitzen. Doch die Schmälerung des Gewinnes um 150 Millionen Franken ist für die Mitglieder der AWU kein Thema.» Das stimmt so nicht, für mich war dies ein Thema. Und der «Tagi» spricht sogar von «Selbstbedienungsladen ZKB». Richtig ist vielmehr, dass die AWU diesen Vorgang zur Kenntnis nehmen konnte. Bestimmt wurde dieses Vorgehen vom Bankrat. Diese Nachzahlung von 150 Millionen Franken ist mit Sicherheit nicht die letzte Zahlung dieser Art. Grundlegende Änderungen sind nötig, wie eine kontinuierliche Anhebung des Pensionsalters auf 65 sowie eine Verabschiedung vom Ziel, allen Pensionierten weiterhin 70 Prozent des ehemaligen Lohnes zu garantieren. Auch die Verzinsung ist am Markt anzupassen. Andere Pensionskassen haben seit Jahren einen deutlich tieferen Zinssatz. Heute sind in der Pensionskasse rund 5000 aktive Versicherte und 1868 Pensionierte angeschlossen. In Zukunft werden die Aktiven eher weniger werden, die Pensionierten mit Sicherheit

aber mehr. Die Vorgänge bei anderen Pensionskassen, die der öffentlichen Hand nahestehen, sollten uns zur Vorsicht mahnen.

Wir danken der Geschäftsleitung und den Mitarbeitenden für ihre geleisteten Dienste im vergangenen Geschäftsjahr. Die SVP empfiehlt Ihnen, die Rechnung und den Geschäftsbericht 2012 zu genehmigen. Danke.

Roland Munz (SP, Zürich): Wir haben es gehört: Das noch 2011 ausgewiesene Eigenkapital-Polster ist 2012 wegreguliert worden. Trotz dem hervorragenden Ergebnis stand die ZKB plötzlich vor der Aufgabe, neues, anrechenbares Eigenkapital akquirieren zu müssen. Die Ausgabe einer Tier-1-Anleihe am Markt erwies sich als grosser Erfolg. Dank ihrer soliden Verfassung, sicher nicht zuletzt mit dem Kanton als Eigner im Hintergrund, konnte die Zielmenge an neuen Eigenmitteln übertroffen werden, und dies erst noch zu relativ günstigen Konditionen. Erneut floss 2012 auch wieder viel neues Kundengeld zur Kantonalbank. Auch darum verlangt die Zukunft nach weiterem Eigenkapital. Wie lange sich dieser Trend fortsetzt, kann niemand vorhersagen. In der Vergangenheit profitierten von unsicheren Zeiten stets jene Banken und jene Standorte, die ganz besonders für Sicherheit und Verlässlichkeit stehen. Mehr als auf kurzfristige Renditespitzen wird in solchen Zeiten auf Werterhalt geachtet. Davon profitiert die ZKB mit ihrem Fokus auf den ihr vertrauten geografischen Wirkungskreis und mit der Staatsgarantie im Rücken ganz besonders. Die SP teilt darum die logisch daraus abgeleitete Strategie der Bankleitung, diese Qualitäten zu stärken und ihren künftigen Eigenkapitalbedarf mit Vorliebe mit dem Kanton zu decken. Ein Wachstum ohne Schranken ist jedoch klar abzulehnen. Noch mehr als in der Vergangenheit hat man sich zu fragen, ob man alles anbieten soll und will, was nachgefragt wird. Und damit sind nicht etwa nur kreative Konstrukte mehr oder weniger zur Umgehung von Steuerpflichten gemeint, nein, dazu erwarten wir ohnehin, dass die ZKB als Staatsbank nicht Hand bietet. Nein, wir müssen uns fragen: Wollen wir wirklich Partnerin sein für jede Art von Finanzprodukten? Ist zum Beispiel jede Leistung, die in Guernsey für die ZKB-Kundschaft erbracht wird, im Interesse des Standes Zürich? Wo endet jener Auftrag, den die ZKB als Staatsbank hat, und wo beginnt die Wahrung von Kundschaftsinteressen in ein Spannungsverhältnis zu Zweckartikel und Leistungsauftrag zu geraten? Qualität vor Quantität wäre auch

ein guter Leitgedanke für angebotene Finanzprodukte. Für die SP ist der Moment da, in dem es gilt, sich den Wesenskern der ZKB in Erinnerung zu rufen. Sind darüber hinaus auch auswärtige Anleger interessiert, ihre legalen Gelder bei unserer Bank betreuen zu lassen, dann freut uns dies. Doch erwarten wir auch von dieser Kundschaft, dass sie akzeptiert, dass die ZKB nicht Bank für jede Art von Geschäften ist oder sein wird. Dafür wird exzellente Sicherheit in einem stabilen Umfeld geboten und darin erkennen wir die Stärke des «Zurich-Bankings».

Durchaus auf dieser Linie liegt es, dass das Wachstum der ZKB im Immobilienfinanzierungsgeschäft 2012 hinter der Branche zurückblieb. Andernorts bekäme man heute vielleicht einfacher eine Hypothek. Andernorts könnte man seine Liegenschaften höher belehnen. Andernorts müsste man eine tiefere Zinstragfähigkeit mitbringen. Noch muss im Wirtschaftsraum Zürich nicht von einer Immobilienblase gesprochen werden, aber der Markt ist aufgeheizt. Und niemand soll die Illusion haben, Werte könnten nur nach oben weitergehen. In diesem Sinne begrüsst die SP die Vorsicht bei der privaten Immobilienfinanzierung nach dem Motto «Qualität vor Quantität». Sollten die Immobilienpreise stagnieren oder gar moderat zurückgehen, ist damit umfassendem Abschreibungsbedarf schon recht weitgehend vorgebeugt. Das wiederum liegt im allgemeinen Interesse und hier begrüssen wir die gelebte Zurückhaltung, die wir uns in anderen Geschäftsfeldern vermehrt wünschen.

Wo wir hingegen Ausbaupotenzial erkennen, ist in der Erfüllung des Leistungsauftrags. Natürlich ist der Gewinnanteil von über 260 Franken pro Kantonsbewohner, den die ZKB an Kanton und Gemeinden ausschüttet, beachtlich. Dazu kommen weitere Engagements. Doch einiges, was unter dem Leistungsauftrag subsummiert wird, gehört heute zum State of the Art moderner Finanzinstitute. Wir freuen uns natürlich ob der vielfältigen Sponsoring-Aktivitäten der ZKB, aber Sponsoring betreibt auch die UBS. Wir begrüssen die Angebote an junge Menschen in Ausbildung, aber massgeschneiderte Banking-Pakete für Lehrlinge und Studierende bietet auch die CS. Ich bin der Überzeugung, dass die ZKB nach wie vor einen guten Job in der Erfüllung ihres Leistungsauftrags macht, bloss bleibt Spielraum nach oben und das ist wichtig für die kommenden Jahre. Für die SP ist klar, dass ein grösseres Engagement des Kantons für seine Bank, etwa mittels Ausweitung des Dotationskapitalrahmens, ihr Gegenstück haben

muss in einem Ausbau des Engagements der Bank für den Kanton. Ein konkretes Beispiel: Die ZKB bietet sehr geschätzte Leistungen für Wohnbaugenossenschaften. Sie lebt damit dem Teil ihres Zweckartikels nach, der sie anhält, den preisgünstigen Wohnbau zu fördern. Nun, da es fast flächendeckend an günstigen Wohnungen mangelt, müsste man annehmen, die ZKB wäre diesbezüglich flächendeckend tätig. Tatsächlich aber konzentriert sich das erwähnte Engagement auf die urbanen Räume, wo bereits solche Genossenschaften präsent sind. Die Landkarte der Genossenschaften weist jedoch weisse Flecken auf, und zwar nicht nur an Orten, wo ausreichend günstiger Wohnraum existiert. So könnten künftig zusammen mit Verbänden und lokalen Partnerschaften aktiv eigene Aktionsprogramme lanciert werden, statt sich darauf zu konzentrieren, attraktive, geschätzte Partnerin für schon existierende Genossenschaften zu sein.

Insgesamt und abschliessend zeigen wir uns hochofret ob dem wiederum sehr guten Geschäftsergebnis angesichts des ständig mit neuen spannenden Herausforderungen aufwartenden Umfeldes. Wir gratulieren und danken allen Mitarbeitenden auf allen Stufen ausdrücklich für ihre wertvolle Arbeit zugunsten der Bank des Zürcher Volkes. Persönlich danke ich den Verantwortlichen der ZKB, welche uns in der AWU stets transparent und oft proaktiv mit Informationen bedienen, auch für die vertrauensvolle Zusammenarbeit, welche es erst möglich macht, dass selbst sensibelste Themen in der nötigen Tiefe diskutiert werden können.

Ich beantrage Ihnen namens der SP-Fraktion Zustimmung zu Geschäftsbericht und Rechnung der ZKB.

Katharina Weibel (FDP, Seuzach): Schon in den vergangenen Jahren hat die Zürcher Kantonalbank solide, gute Resultate gezeigt. Stichworte wie «die sichere Bank», vergleichsweise hohes Eigenkapital, beste Ratings, hohe Kundennähe mit 99 Standorten, durch die Finma attestierte saubere Prozesse und noch einige Themen mehr, wir haben es von Jörg Müller gehört. Und einmal mehr hat die Bank 330 Millionen Franken an Kanton und Gemeinden ausgeschüttet. Und einmal mehr hat sie das Eigenkapital erhöhen können. Wir schätzen diese zuverlässigen, planbaren Erträge sehr. Die ZKB ist erfolgreich dank qualifizierten Mitarbeitenden, einer vorausschauenden Geschäftsleitung und sicher auch eines unterdessen eingespielten Bankrates. Das Dankeschön ist auch nicht ausgeblieben. Bei der Pensionskasse koste-

te der Wechsel ins Beitragsprimat die Bank 150 Millionen Franken, eine grosszügige Lösung. Man hat doch dort den technischen Zinssatz nur um 0,5 auf 3 Prozent gesenkt und die übrigen Leistungen beibehalten. Der Leistungsauftrag ist erfüllt. Jungunternehmer profitieren von der vielfältigen Unterstützung. Theater, Film, Autoren, Sport und auch die Umweltarena in Spreitenbach profitieren von der ZKB. Der Nachhaltigkeitsbericht ist auch sehr informativ und macht Sinn.

Dass wir Freisinnigen den Besitz einer Kantonalbank nicht als erste Staatsaufgabe ansehen, ist Ihnen bekannt. Wichtig ist uns, dass unsere Banken – und die ZKB vorab – sicher sind. Wir wollen die Risiken für den Kanton, den Bürger und die Steuerzahlenden minimieren. Die Spezialkommission – das ist ihre Aufgabe – wird sicher dazu Vorschläge machen. Wie der Begriff «sichere Bank» in diesem Jahr umgesetzt wurde, zeigt sich vor allem auch im Hypothekargeschäft. Ein neuer Hypothekarnehmer hat 10 Prozent Eigenkapital Cash beizubringen. Die Tragbarkeitsberechnungen werden nach wie vor mit 5 Prozent gerechnet. Das sorgt dafür, dass dieses Marktsegment unterdurchschnittlich wächst. Qualitatives Wachstum hat hier also Priorität. Noch vor wenigen Jahrzehnten hatten wir in der ZKB vor allem eine Hypothekarbank, also ein Klumpenrisiko. Heute will die ZKB eine – so steht es im Geschäftsbericht – global vernetzte Universalbank mit regionaler Verankerung sein. Das beweist sie, denn laut «Bilanz» hat sie zum dritten Mal den ersten Platz im Segment «Private Banking» errungen. Mit fast 200 Milliarden Kundenvermögen ist sie der viertgrösste Vermögensverwalter. Auch unterstützt sie unsere Zürcher KMU bei internationalen Kundenbeziehungen, was etwa 10 Prozent des Marktergebnisses ausmacht. Das ist für den Wirtschaftsstandort Zürich oder die Region sehr wichtig.

Zum Schluss: Der Geschäftsbericht ist gefällig aufgemacht, gut strukturiert, übersichtlich. Es ist eben so, wie man es von einem erfolgreichen Unternehmen erwarten darf. Die FDP dankt allen Mitarbeitenden der Zürcher Kantonalbank für die guten Leistungen und hofft auf weitere solche. Die FDP-Fraktion wird der Vorlage 73a/2013, der Rechnung und dem Geschäftsbericht 2012 zustimmen.

Maria Rohweder (Grüne, Männedorf): Unsere Kantonalbank, die ZKB, hat einmal mehr ein solides Resultat erzielt und beteiligt Kanton und Gemeinden mit einem namhaften Betrag an ihrem Konzerngewinn von 744 Millionen Franken. Auch die schon bald jährlich

wiederkehrende Meldung über einen beträchtlichen Neugeldzufluss unterstreicht das positive Jahresergebnis. Den Zufluss von 8,3 Milliarden Neugeld wertet die ZKB als Vertrauensbeweis und als Bestätigung für ihre Strategie. Die ZKB positioniert sich als global vernetzte Universalbank mit regionaler Verankerung. Mit einer Marktdurchdringung von 50 Prozent verfügt sie im Privat- wie auch im Firmenkundengeschäft über die führende Position im Kanton Zürich. Damit bildet sie ein bedeutendes Gewicht zu den grossen Privatbanken. Mit über 191 Milliarden Kundenvermögen ist sie die viertgrösste Vermögensverwalterin der Schweiz. Die ZKB behauptet sich offensichtlich in einem schwierigen Marktumfeld. Sie hat eine stattliche Grösse erreicht. Und mit ihrer Universalbank-Strategie nimmt sie sämtliche Dimensionen des Bankings wahr. Da stellt sich aus unternehmerischer Sicht unweigerlich die Frage, wo noch Entwicklung möglich ist. Im aktuellen Geschäftsbericht finden sich einige Hinweise dazu. Die ZKB sieht ihre Stärken im Geschäftsmodell der Universalbank und in der Kundennähe. Sie verfolgt nach eigenen Aussagen ein langfristiges kontrolliertes Wachstum. Ihre führende Marktstellung im Wirtschaftsraum Zürich, aber auch in ausgewählten Segmenten im In- und Ausland will sie weiterhin behaupten beziehungsweise gezielt ausbauen. Die Basis des zukünftigen Erfolgs sieht sie in ihrer traditionellen Stärke im Hypothekarkredit- und Passivgeschäft, kombiniert mit dem gezielten Ausbau des Anlage- und Handelsgeschäftes. Hier ist festzuhalten: Als eine der wenigen Kantonalbanken unterhält die ZKB neben dem Zinsen- und Kommissionsgeschäft ein breit abgestütztes Handelsgeschäft.

Ich möchte an dieser Stelle aus Sicht der Grünen ein paar Bemerkungen zum Erfolgsmodell der ZKB anbringen.

Erstens: Wir begrüssen es sehr, dass die ZKB im Hypothekargeschäft eine neue Weisung erlassen hat für eine verantwortungsvolle Kredit- und Vergabepolitik. Mit den strengen Anforderungen zur Belehnungshöhe und Tragbarkeit nimmt sie es in Kauf, im Vergleich zur Konkurrenz bloss unterdurchschnittlich zu wachsen. Sie zeigt damit, dass sie grossen Wert auf Qualität legt und auch das Problem des Klumpenrisikos im geografisch vorgegebenen Marktgebiet, dem Wirtschaftsraum Zürich, ernst nimmt.

Kritisch beurteilen wir die Universalbank-Strategie, verbunden mit den daraus möglichen Entwicklungen beim angestrebten Wachstum im Anlage- und Handelsgeschäft. Zu den Dienstleistungen der ZKB

als Universalbank gehört auch der Vertrieb von strukturierten Produkten. Mit ihrem Internet-basierten Tool «StruktiFit» erklärt sie die Funktionsweise und Wirkung dieser Finanzprodukte und will damit für ihre Kundinnen und Kunden die Transparenz erhöhen. Ich habe mir das kürzlich angeschaut und erlaube mir eine Kritik: Zu verstehen, wie strukturierte Produkte aufgebaut sind und welche Performance sie in welchem Szenario entwickeln können, ist das eine. Zu wissen, in welche Unternehmungen der Bankkunde genau investiert und welche möglicherweise ungewollten Marktmechanismen er mit dem Zeichnen strukturierter Produkte stärkt oder schwächt, ist etwas ganz anderes, zum Beispiel beim Thema «Rohstoffe», «Wasser» und «Nahrungsmittel». Wir Grünen fordern deshalb, dass die ZKB hier Transparenz schafft und im Sinn eines eng gefassten Nachhaltigkeitsauftrags explizit auf den Vertrieb von Finanzprodukten, die auf Agrarstoffe, Wasser und Nahrungsmittel setzen, verzichtet, den Vertrieb von strukturierten Produkten miteingeschlossen.

Drittens: Die Stabilität der ZKB beruht nicht nur auf einem durchdachten Geschäftsmodell, sondern auch auf der Tatsache, dass die ZKB eine in der Zürcher Verfassung verankerte Instituts- und Bestandesgarantie besitzt. Die ZKB gilt nicht zuletzt deshalb als eine der sichersten Banken der Welt. Die Staatsgarantie bedeutet aber auch eine Verpflichtung gegenüber dem Eigner, der Zürcher Bevölkerung. Wir begrüssen es, dass die ZKB ihrerseits aktiv ist und in Bezug auf mehr Steuertransparenz die nötigen Strukturen vorausschauend aufbaut.

Noch eine abschliessende Bemerkung zum Schwerpunktthema des Leistungsauftrags, der Förderung von Wohneigentum und preisgünstigem Wohnungsbau. Dass uns Grünen dieses Thema sehr am Herzen liegt, ist bekannt. Mit den Start-Hypotheken und Umwelt-Darlehen nimmt die ZKB ihren Auftrag wahr. Wir Grünen meinen aber, dass sie ihr Engagement noch verstärken müsste, insbesondere für die Beurteilung von nichtzertifizierten Umbauten. Wir Grünen appellieren an die ZKB, nie zu vergessen, dass sie einen Leistungsauftrag hat und somit im Dienste aller Bewohnerinnen und Bewohner steht.

Im Namen der Grünen, AL- und CSP-Fraktion gratuliere ich der ZKB zum erfolgreichen Geschäftsjahr und zur Erfüllung ihres Leistungsauftrags. Ich danke dem Bankrat für die gute Zusammenarbeit und der Geschäftsleitung und allen Mitarbeitenden der ZKB für die geleistete

Arbeit. Wir werden sowohl Geschäftsbericht wie Rechnung genehmigen.

René Gutknecht (GLP, Urdorf): Die Grünliberalen wollen als Erstes den drei Mitarbeitern und ihren Familien, welche durch die Ausübung ihrer Tätigkeit bei der ZKB im letzten Herbst von der amerikanischen Justizbehörde unter Anklage gestellt wurden, viel Kraft wünschen, um mit dieser ausserordentlichen Situation umzugehen. Ich verzichte darauf, im Einzelnen auf den Geschäftsbericht der ZKB einzugehen, denselben haben Sie bereits studiert. Jörg Müller-Ganz hat Ihnen die wichtigsten Informationen noch persönlich dargelegt. Der Präsident der Aufsichtskommission hat den Bericht vorgelesen und die Grünliberalen werden der Rechnung und dem Geschäftsbericht 2012 der ZKB ebenfalls zustimmen.

Durch die Anträge der ZKB anfangs dieses Jahres betreffend Anpassungen von Gesetzen, Entschädigungen und Erhöhung des Dotationskapitals beim Kantonsrat wurde eine Grundsatzdiskussion über die Zürcher Kantonalbank eingeleitet. Wir Grünliberalen sind von der Notwendigkeit dieser Diskussion überzeugt, haftet der Kanton Zürich doch für alle Verbindlichkeiten der Bank. Die Diskussion soll in der Spezialkommission stattfinden und nicht heute im Rat. Aus diesem Grund werde ich heute auf die Engagements der ZKB eingehen.

Jedes Engagement der ZKB in den Themenbereichen «Natur», «Kultur», «Sport», «Gesundheit», «Bildung» und «Unternehmertum» wird auch im Namen des Kantonsrates als Eigentümer getätigt und unterstützt. Somit werden bereits viele Anliegen, welche im Kantonsrat mittels Vorstössen gefordert werden, bereits erfüllt. So unterstützt die ZKB den Zürcher Turnverband und den ZKB-Züri-Laufcup. Damit wird die Gesundheit der gesamten Zürcher Bevölkerung gefördert und auch der Kampf gegen das Übergewicht bei der Jugend unterstützt. Auch den Nacht-Fünfliber (*Nachtzuschlag im ÖV*) schenkt die ZKB ihren jungen Kunden bereits und unterstützt das Nachtnetz des ZVV (*Zürcher Verkehrsverbund*) aktiv. Mit dem Engagement bei Zoo Zürich fördert die ZKB die Natur und ein wichtiges Naherholungsgebiet im Grossraum Zürich. Die ZKB unterstützt mit der Umweltarena eine Plattform für die zukünftigen Energien und deren Chancen.

Dennoch will ich auf einen Punkt bei der ZKB noch eingehen, die Zürcher Kantonalbank Österreich, eine Grossinvestition. Stellt man

die Konzern-Erfolgsrechnung der Stammhaus-Erfolgsrechnung gegenüber, so kann man entnehmen, dass circa 257 Millionen Gewinn im Ausland generiert wurden. Als Eigentümer sollte der Kantonsrat transparent über das Ziel und den aktuellen Stand dieser Investition informiert werden. Als weiteren Aspekt der ausländischen Geschäftstätigkeit möchte ich die ZKB-Vision ansprechen, welche äusserst einprägsam als dreiteilige Pyramide dargestellt wird: Als Fundament Nummer 1 im Wirtschaftsraum Zürich, in der Mitte nationale Spitze sein, und als Spitze international erfolgreich sein. Im Nachhaltigkeitsbericht wird die dreiteilige Pyramide genau wieder auf den Kopf gestellt. Beim ZKB-Geschäftsverkehr muss man die Pyramide wie folgt darstellen: Das Fundament, 57 Prozent des Geschäftsverkehrs, sind Flugkilometer, 2'324'303 Kilometer. In der Mitte, 34 Prozent, sind Bahnkilometer. In der Spitze, 9 Prozent, sind Autokilometer. Anders formuliert: Der Ausbau des internationalen Geschäftes wirkt sich negativ auf die Nachhaltigkeit der ZKB aus.

Die Grünliberalen bedanken sich bei allen Mitarbeitern auf allen Stufen der ZKB für die geleistete und noch zu leistende Arbeit.

Franco Albanese (CVP, Winterthur): Die CVP schliesst sich dem Lob der AWU betreffend Gesamtergebnis des Geschäftsabschlusses 2012 an. Um es gleich vorwegzunehmen: Wir beantragen, ohne den Sensationsgehalt der hierfür geführten Ratsdebatte künstlich aufzuplustern und ohne die zartbesaiteten Nervenkostüme gewisser Ratsmitglieder weiter unnötig zu strapazieren, die Rechnung und den Geschäftsbericht der ZKB zu genehmigen und die verantwortlichen Organe zu entlasten. Wir bedanken uns auch gleich vorab bei der Generaldirektion, beim Bankrat, beim Bankpräsidium und bei allen Mitarbeitenden der ZKB für ihre hierfür geleistete Arbeit. Trotzdem werde ich diejenigen enttäuschen müssen, welche sich schon freuten, dass mein Votum hiermit bereits am Ende ist. Ich werde mir nämlich erlauben, ohne mich der Redezeit-Limite von zehn Minuten gefährlich zu nähern, zwei Themen anzusprechen, deren Erwähnung mir einigermaßen wichtig scheint.

Es geht mir erstens um den Leistungsauftrag der ZKB und zweitens um die Einhaltung des Entschädigungsreglements der Mitglieder des Bankrates. Schliesslich muss die AWU, nebst der Rechnung, beides als Oberaufsicht beaufsichtigen und deren Einhaltung überprüfen, bevor der Kantonsrat über die Entlastung der Bankorgane befinden

kann. Zum Leistungsauftrag: Im Antrag der AWU wird bestätigt, dass der Leistungsauftrag erfüllt wurde. Und wie er erfüllt wurde, denn das finanzielle Engagement ist und war für die ZKB stets beträchtlich, wenn es um dessen Gewährleistung ging. Auch im Jahr 2012 war er über alle drei Messbereiche – über den Versorgungsauftrag, über den Unterstützungsauftrag und über den Nachhaltigkeitsauftrag – hinweg mit rund 103 Millionen Franken überaus gut bestückt; ein Preis, der augenscheinlich immer noch oder vielleicht immer lieber bezahlt wird, auch wenn man von Zeit zu Zeit Gefahr läuft, von der Politik einmal etwas mehr oder einmal etwas weniger ideologisch instrumentalisiert zu werden. Offensichtlich ist diese Kette, die die selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt am Gängelband der Politik hält, über die vielen Jahre hinweg so sehr an ihr Bein gewachsen, dass sie sich daran überhaupt nicht mehr stört und gegenüber privaten Finanzinstituten schon fast nicht mehr als Fremdkörper des freien Marktes empfindet. Aber vielleicht ist dies eben nur der bescheidene Preis, den man gerne zu bezahlen bereit ist, wenn dafür im Gegenzug mit dem Label der Staatsgarantie auftreten darf und sich gerade im «Too-big-to-fail»-Zeitalter umso deutlicher von der Konkurrenz abheben kann. Die Frage sollte uns gestattet sein, ob in einem derart wirtschaftlich anspruchsvollen und sich sowohl regulatorisch als auch gesellschaftlich stark verändernden Geschäftsumfeld der Kanton es sich weiterhin leisten sollte, seinen selbstständigen Anstalten politisch motivierte Subventions- und Versorgungsaufträge aufzubürden. Vielleicht schadet es gar nicht, wenn sich selbstständige Anstalten in Zukunft auch etwas selbstständiger um ihre Kernaufgaben kümmern können und der Kantonsrat sich selber den vielfältigen politischen Subventionsbegehren widmen würde. So viel dazu.

Ich komme zum zweiten Thema. Seit 2005 hält die Zürcher Kantonalbank das am 18. April 2005 vom Kantonsrat genehmigte Reglement über die Entschädigung der Mitglieder des Bankrates, inklusive der Mitglieder des Bankpräsidiums vom 25. November 2004, so ein, wie es heute noch Gültigkeit hat. Um die Entschädigungen war es so lange auch ruhig und die jährlichen Bezüge von rund 1,8 Millionen Franken flossen in allgemeiner Eintracht, bis das Bankpräsidium vor dem Hintergrund der umfänglich eingereichten Änderungsanträge zum ZKB-Gesetz, inklusive des Wunsches nach Erhöhung des Dotationskapitals und des von der Bank weitsichtig vorangegangenen verfügen Einstellungsstopps, die Gunst der Stunde zu nutzen verstand,

seine eigene Entschädigung aufbessern zu lassen. Unterdessen schwelte die Abzocker-Debatte weiter und die beste Vergleichsstudie sollte gut genug für die Plausibilität des Antrags herhalten, was die Beratungsfirma Fehr Advice & Partners AG postwendend erbrachte, indem aufgezeigt wurde, dass das Wort «fair» so verschieden verstanden werden kann, wie der Name «Fehr» genauso wenig mit Letzterem direkt zu tun haben kann und sich wahrscheinlich deshalb auch anders schreibt. Ich möchte bei dieser Gelegenheit daran erinnern, dass dies wenig mit dem Musterschüler mit vorbildlichen Tugenden zu tun hat, der Massstäbe setzt und zur Nachahmung und Umsicht motivieren soll und dem ich letztes Jahr vergebens eine altruistische Zurückhaltung wünschte. Dankeschön.

Ruth Kleiber (EVP, Winterthur): Die ZKB ist eine der vier grössten Vermögensverwalter in der Schweiz mit einem Kundenvolumen von 191,4 Milliarden. Es flossen der ZKB 8,3 Milliarden Neugeld zu. Das zeigt: Die Anleger haben Vertrauen in die Bank. Die ZKB ist verlässliche Partnerin für ihre Kunden, ihre Mitarbeitenden und auch für den Eigentümer, den Kanton Zürich. Die ZKB konnte den politischen Gemeinden und dem Kanton in den vergangenen Jahren jeweils 330 Millionen Franken ausschütten. Schon fast als selbstverständlich nehmen wir dieses Geld in Anspruch. Wenn man die Turbulenzen der Finanzmärkte in Europa verfolgt, dann sind die Bestnoten für die ZKB sehr wohl verdient. Im Hypothekengeschäft verfolgt die ZKB ein sorgfältig kontrolliertes, eher zurückhaltendes Wachstum. Bei der Vergabe von Hypotheken achtet die ZKB auf Qualität. Zu Marktumfeld und Strategie steht im Geschäftsbericht: «Im schwierigen Marktumfeld verfolgen wir weiterhin unsere Ziele, eine führende Universalbank im Wirtschaftsraum Zürich zu sein, einen Spitzenplatz in der Schweiz zu haben und international erfolgreich zu sein.» Einerseits muss der unternehmerische Spielraum für die ZKB gewährleistet sein. Eine forcierte, aber risikobewusste Erschliessung neuer Geschäftsfelder mit einem starken Fokus auf Nachhaltigkeit gibt der ZKB die Möglichkeit, auf einer gesunden Basis weiterzuwachsen. Andererseits stellt sich für die EVP schon die Frage: Wie international muss die ZKB sein und wie weit soll sich das Volumen der Auslandsgeschäfte vergrössern? Die Aussage im Logo der ZKB, «Wir sind eine nahe Bank», dokumentieren auch die Fotos und die Zitate im Geschäftsbericht. Einzelne Aussagen, wie zum Beispiel die Foto von der Wäsche-

leine, wo steht «Hoffentlich hält das Wetter bis zum Abend», zeigt: Der Blickwinkel der ZKB ist nahe beim Alltag. Oder die Aussage «Wenn schon die Trauben so aussehen, dann wird's im Glas nur so funkeln», so zur Foto mit wunderschön gereiften Trauben.

Die Generaldirektion setzt sich aus neun Mitgliedern zusammen. Ich persönlich fände es von Vorteil, wenn mittelfristig auch eine oder zwei oder mehr Frauen in der Generaldirektion Einsitz nehmen könnten. Die EVP möchte den verantwortlichen Organen des Bankrates und der Geschäftsleitung für die verantwortungsbewusste und weitsichtige Führung danken. Alle Mitarbeitenden unserer Kantonalbank verdienen den Dank für ihren Einsatz. Die EVP wird die Rechnung und den Geschäftsbericht der ZKB genehmigen.

Bruno Fenner (BDP, Dübendorf): Im Namen der BDP-Fraktion gratuliere ich der Zürcher Kantonalbank zum hervorragenden Konzerngewinn 2012. Mit einem Gewinn von 744 Millionen Franken wurde in einem schwierigen Geschäftsumfeld wiederum ein tolles Ergebnis erzielt. Bereits zum vierten Mal in Folge überweist die ZKB in Form von Gewinnausschüttungen dem Kanton 220 Millionen und den 171 Gemeinden deren 110 Millionen. Wir danken den Mitarbeitenden sowie dem Bankrat und dem Bankpräsidium für die mit grossem Einsatz geleistete Arbeit. Letzte Woche fragte ich bei einem feinen Essen bei Freunden, bei welcher Bank sie ein Konto hätten und warum gerade bei dieser Bank. Circa jeder Zweite hat die ZKB als Hausbank. Das entspricht auch in etwa dem statistischen Wert. Auf die Frage «Warum gerade die ZKB?» fielen die Antworten unterschiedlich, aber auch sehr spannend aus. Das Hauptargument war meistens ein grosses Vertrauen in unsere Staatsbank. Neben der Sicherheit als Bank mit Staatsgarantie wurde aber auch die ausgeprägte Beratungskompetenz in der ganzheitlichen Kundenbetreuung hervorgehoben. Diesem Punkt gilt es auch in Zukunft Sorge zu tragen. Hier gilt es, trotz des unbestrittenen Trends zur Abwicklung von Bankgeschäften über elektronische Kanäle den persönlichen Kontakt mit den Kundinnen und Kunden nicht zu verlieren. All dem gilt es mit Weitsicht und Verantwortung Sorge zu tragen. Als AWU-Mitglieder sind wir in der Pflicht, genauer hinzuschauen und auch unbequeme Fragen zu stellen. Immer wieder werden wir auch von der Presse gefordert. Auch da gilt es, Reisserisches und Polemisches zu hinterfragen, ruhig zu bleiben und nur auf Fakten zu reagieren. Ein kleines Beispiel gefällig? Da

sprang mir am 4. April 2013 im «Inside Paradeplatz – Finanznews aus Zürich» der Titel «Spielhölle Kantonbank» ins Auge. Fast 400 Millionen verdiente die ZKB im Trading. Zum Vergleich: Der gesamte Reingewinn belief sich auf 750 Millionen. Mit Schlagworten wie «Staatsinstitute forcieren Trading, Risiko trägt der Steuerzahler», «Strategie verletzt Leistungsauftrag» wurde Stimmung gemacht. Weiter wurde geschrieben, dass die forsche Expansion der Kantonbanken ins riskante Casino-Banking die Folge des billigen Geldes sei und dass im Zinsgeschäft, wo die Staatsinstitute traditionell stark seien, die Luft draussen sei. Nachdem es 23 empörte Kommentare zu diesem Artikel zu lesen gab, beendete ein gewisser – nennen wir ihn Oswald Ospel (*nach Oswald Grübel, ehemaliger CEO der UBS, und Marcel Ospel, ehemaliger Verwaltungsratspräsident der UBS*) – mit einem kurzen klärenden Bericht die Diskussion. Er fände es immer spannend, welche Tricks die Verfasser solcher Artikel verwenden. Zitat: «Fast 400 Millionen verdiente die ZKB im Trading.» Zum Vergleich: Der gesamte Reingewinn belief sich auf 750 Millionen. Das sieht nach enormem Risiko aus. 53 Prozent des Reingewinns, denkt da der Leser. Nur trickst der Verfasser hier mustergültig. Bei den 370 Millionen handelt es sich um den Nettoerlös aus dem Handel. 750 Millionen sind effektiver Reingewinn. Das Operating-Income der ZKB beträgt aber 2122 Millionen oder 2,1 Milliarden, womit die 379 Millionen mit 17,8 Prozent auf einmal nicht mehr so sehr ins Gewicht fallen. An diesem kleinen Beispiel sehen Sie, dass es nicht immer so ist, wie es auf den ersten Blick scheint.

Unsere Kommission ist sehr wachsam und lässt sich laufend genau orientieren und scheut sich in keiner Art und Weise, auch kritische Fragen zu stellen. Nach gefühlten 1000 Seiten Bankprotokoll-Lesen weiss ich diese offene Transparenz auch sehr zu schätzen. Auf alle Fragen erhielten wir immer klare und offene Antworten, die aber im Sinne der Sache immer als Interna der AWU bleiben.

Die BDP-Fraktion stimmt der Genehmigung der Rechnung und dem übersichtlich gestalteten Geschäftsbericht 2012 zu und bedankt sich nochmals bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das tolle Ergebnis. Besten Dank.

Heinz Kyburz (EDU, Männedorf): «Die nahe Bank» oder, wie jede zweite Zürcherin und jeder zweite Zürcher zu sagen pflegt, «meine Bank», dies ist ein guter und sympathischer Slogan, mit dem die ZKB

seit vielen Jahren wirbt. Ich kann die ZKB persönlich auch als meine nächste Bank bezeichnen. Dies hat verschiedene Gründe, auf die ich nun gerne zu sprechen komme, denn die ZKB soll in einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld nicht nur bestehen, sondern als Bank, die allen Zürcherinnen und Zürchern gehört, auch ihr heutiges Profil erhalten und stärken können. Als Universalbank, die sich im und für den Kanton Zürich engagiert und die im Auftrag des Kantons die Interessen seiner Einwohnerinnen und Einwohner sowie auch der KMU wahrnimmt, hat die ZKB einen äusserst wichtigen Leistungsauftrag, um als Wirtschaftsmotor unseres Kantons dienen zu können. Diese Zielsetzung sollen aber auch die übrigen Kantonalkassen in ihren Kantonen verfolgen, weshalb wir die Absicht der ZKB, in anderen Kantonen Filialen zu errichten und andere Kantone zu konkurrieren, klar ablehnen. Mit der Expansion in andere Kantone oder dem weiteren Engagement im Ausland würde die ZKB nicht nur das Image der nahen Bank gefährden, sondern auch den Anti-Zürich-Reflex verstärken. Gewinne, welche die ZKB aus anderen Kantonen einbringt und wir über den Lastenausgleich wieder verlieren, schaden mehr, als sie nützen. Ebenso haben wir in den letzten Jahren erfahren, dass die fragile Weltwirtschaft nicht kalkulierbare Risiken mit sich bringt, die wir, wenn immer möglich, nicht tragen wollen. Also frei nach Goethe: «Warum auch in die Ferne schweifen, sieh das Gute liegt im Kanton Zürich.» Der wirtschaftlich wachsende Kanton Zürich bietet auch für die ZKB genügend Wachstumspotenzial. Die ZKB hat in den letzten Jahren sicherlich weitgehend gut gearbeitet. Sie profitierte aber auch von den Reputationsschäden von UBS und CS, weshalb sie nicht die gleichen Fehler wie diese zwei international tätigen Grossbanken machen sollte. Es ist somit richtig und nötig, dass die ZKB sichere Investitionen und Anlagen in berechenbaren Staaten, wie insbesondere in der Schweiz, tätigt und darauf bedacht ist, nur rechtskonforme Geschäftspraktiken mit integren Kunden zu unterhalten. Die ZKB kann sich aber auch durch vorbildliche geschäftsinterne Praktiken, wie insbesondere als guter Arbeitgeber, profilieren. Dazu gehören konstante oder leicht wachsende Personalbestände, weshalb mit dem temporären Einstellungsstopp, der zu einem rückläufigen Personalbestand geführt hat, ein eher schlechtes Zeichen gesetzt worden ist. Weiter erachten wir die im letzten Jahr ausbezahlten Vergütungen und gebildeten Anwartschaften an die neun Generaldirektionsmitglieder von insgesamt circa 13 Millionen Franken beziehungsweise durchschnittlich

knapp 1,5 Millionen Franken pro Person als viel zu hoch. Das Ergebnis der ZKB, die nun zum vierten Mal hintereinander 330 Millionen Franken für den Kanton und die Gemeinden ausgeschüttet hat und auch das Dotationskapital mit 44 Millionen Franken abgibt, ist zwar anerkennenswert und wird auch ausdrücklich verdankt. Es ist aber nicht einzusehen, weshalb diese Angestellten, also von der Generaldirektion, einer öffentlich-rechtlichen Anstalt im Gegensatz zu allen anderen öffentlichen Angestellten ausschliesslich leistungsbezogen entschädigt werden.

Abschliessend noch ein paar kurze Gedanken zu den von der ZKB anfangs Jahr gestellten Anträgen, die im Geschäftsbericht ja auch erwähnt worden sind. Es gehört sicherlich zu den Aufgaben des Bankrates, dafür besorgt zu sein, dass die nötigen strategischen Reserven geschaffen werden können, auch wenn die Ausgangslage der ZKB im Vergleich mit anderen Banken bereits sehr gut ist. Es gehört aber ebenso zu den Aufgaben des Kantonsrates, mit den vorhandenen Mitteln haushälterisch umzugehen und das Dotationskapital nur insoweit auszudehnen, als dies für die Ziele des Kantons notwendig ist. Denn die ZKB ist im Dienste des Kantons tätig und nicht umgekehrt. Es wird nun also Sache der Politik sein, darüber zu befinden, welche Veränderungen angezeigt sind. Immerhin gelang es der ZKB seit dem Jahre 2005 bis zum Jahre 2012, das Eigenkapital von 6,1 Milliarden auf 8,8 Milliarden – es gibt auch die Zahl 8,9 Milliarden – zu erhöhen und damit aus eigener Kraft die heutige Stärke zu erreichen. Auch wenn aufgrund der Prognosen das Jahr 2013 und der laufenden höheren Anforderungen an die Eigenmittel der Handlungsspielraum für die ZKB enger wird, scheint es uns doch wichtig zu sein, den künftigen Lauf der Entwicklungen in die Entscheide einfließen zu lassen, bevor über die effektiv notwendige Summe der Erhöhung des Dotationskapitals zu entscheiden ist. Abschliessend möchten wir dem Bankrat, der Geschäftsleitung und den rund 5000 Mitarbeitern der ZKB unseren aufrichtigen Dank für ihre hervorragenden Leistungen aussprechen, einen besonderen Dank auch für den anschaulichen und interessanten Geschäftsbericht mit Rechnung 2012, die wir wie die vorgesehene Gewinnverteilung zur Genehmigung empfehlen. Danke für die Aufmerksamkeit.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küssnacht): Ganzseitige Inserate in den teuersten Werbemedien des Kantons, einen Geschäftsbericht vom Aller-

feinsten, Bel-Étage-Pensionen für das Kader, dies sind nur drei Beispiele, anhand welcher dem Betrachter bewusst wird, dass sich die ZKB standesgemäss fast nur dreifach-A-gerechte Lösungen leistet. Einzig bei den Löhnen vom Bankpräsidium und Bankrat scheint es noch etwas zu hapern, doch dies wird wohl auch bald korrigiert. Dennoch ist von den verantwortlichen Gremien der Bank im vergangenen Jahr die eine oder andere Entscheidung gefällt worden, welche mich dazu bewegen, diesen Geschäftsbericht nicht durchzuwinken.

Wie der Presse zu entnehmen war, will sich die Bank von ihren sogenannten nicht betriebsnotwendigen Liegenschaften an bester Adresse Zürich trennen. Verschärfte Eigenmittelvorschriften und eine geänderte Strategie werden dazu ins Feld geführt. Haben Sie auch schon Monopoly gespielt, sehr geehrte Damen und Herren Kantonsräte? Ich spiele es zurzeit regelmässig mit meiner Tochter, wenn auch die etwas ältere Version. Meine Tochter versteht das Spiel meisterhaft. Immobilien werden gekauft und veräussert und dabei wird nur ein Ziel verfolgt: Immer bessere Lagen müssen her, denn wer Paradeplatz und Freiestrasse besitzt, gewinnt schlussendlich auch das Spiel. Und so ist es wohl auch im realen Leben. Qualität, Diversifikation und Lage sind matchentscheidend. Umso unverständlicher ist der Entscheid der Bank, ihre Liegenschaften in der Innenstadt, an der Bahnhofstrasse, der Stockerstrasse, dem Limmatquai, in Wipkingen und beim Sonnenberg abzustossen. Sicher, eine Bank ist keine Immobilienfirma und eine Staatsbank kein Casino. Auch will niemand ein Casino und einen Bauernhof unter einen Holdingdach. Doch in Zeiten weltweiter massiver Verschuldung der öffentlichen Hand, künstlich tief gehaltender Zinsen, implizierter Geldentwertung und mangels Anlagemöglichkeiten grosser Bargeldguthaben seitens der Kundschaft könnte die Bankleitung doch etwas subtiler und ideenvoller vorgehen. Qualität ist gefragt. Anstatt Negativzinsen ins Auge zu fassen, wäre es wohl klüger, Immobilien an solchen Toplagen zu verbrieften und der eigenen Kundschaft anzubieten. Ich bin mir sicher, die Nachfrage würde das Angebot bei Weitem übersteigen.

Weitere Gründe, weshalb ich diesen Geschäftsbericht nicht genehmigen werde, sind die doch etwas abenteuerliche Verbuchung einer Schenkung von 150 Millionen Franken an das Personal, die um diesen Betrag aufgeblähte Referenzgrösse für die Berechnung der Boni sowie das Festhalten an der obsoleten Zürcher Kantonalbank Österreich. Dazu kommen offene Fragen zum indifferenten Geschäft der

Bank und unverständliche Entscheidungen der Bankleitung, welche auf Druck der Vereinigten Staaten von Amerika erfolgt sind. Ich danke Ihnen für die Kenntnisnahme.

Alma Redzic (Grüne, Zürich): Ich möchte nur kurz die Harmonie hier in diesem Ratssaal stören. Selbstverständlich freue auch ich mich über das Geschäftsergebnis der ZKB. Ich habe aber in den letzten Wochen eine Interpellation zur ZKB eingereicht und eine dringliche Anfrage mitunterschrieben. Die ZKB hält Aktien der Aduno Holding AG, deren Tochtergesellschaft Aduno SA zweifelhafte Kontakte zur umstrittenen Vatikanbank pflegt und für diese Finanzdienstleistungen erbringt. Die Vatikanbank hat keine genügenden Bestimmungen zur Geldwäschereibekämpfung. Diese Verbindung zur ZKB ist fragwürdig. Ferner hat die ZKB jüngst alle Bankbeziehungen zu Kuba abgebrochen. Warum sie dies gemacht hat, ist Gegenstand der in der dringlichen Anfrage gestellten Fragen. Ob Druck von in- oder ausländischen Behörden ausgeübt wurde, ist relevant zu wissen. Die ZKB ist als Kantonalbank in erster Linie der Bevölkerung des Kantons Zürich und ihren Kundinnen und Kunden verpflichtet und nicht ausländischen Behörden. Herzlichen Dank.

Jörg Müller, Präsident des Bankrates der Zürcher Kantonalbank: Ich möchte Ihnen zuerst ganz herzlich danken für wohlwollende Würdigung unseres Geschäftsberichts 2012. Ich nehme im Namen der ganzen Bank dieses Wohlwollen sehr gerne dankend entgegen. Es ist für uns verpflichtend, auch dieses Jahr entsprechend weiterarbeiten zu können. Gerne nehme ich zu ein paar in der Diskussion genannten Aspekten Stellung und versuche die Position der Bank hier zu erklären. Ich beginne mit dem von verschiedenen Referenten geäußerten Thema des Tätigkeitsfelds, des Eigenkapitals und des Leistungsauftrags; das ist ja ein Paket, das miteinander verflochten ist.

Ich verweise zuerst auf das gültige Gesetz für die Zürcher Kantonalbank Paragrafen 7 und 8. Dort steht nämlich drin: «Die Bank tätigt die Geschäfte einer Universalbank. Der Geschäftsbereich umfasst in erster Linie den Wirtschaftsraum Zürich. Geschäfte in der übrigen Schweiz und im Ausland sind zulässig.» Wir bewegen uns heute im Rahmen des Kantonalbankgesetzes. Die Bank, deren Geschäftsbericht Sie nachher quasi abnehmen werden, beschäftigt sich genau im Rah-

men des von Ihnen im Jahr 1997 definierten Geschäftsumfeldes. Nichtsdestotrotz: Unser Antrag, der Ihnen am 9. Januar 2013 gestellt worden ist, umfasst natürlich letztlich die Eigentümerstrategie der Bank und jetzt liegt es Ihnen – und da sind wir sehr froh –, insgesamt das ganze Netzwerk, das ganze Feld, auf dem sich die ZKB entsprechend bewegen darf, neu zu definieren. Das wird aber Thema der Spezialkommissions-Arbeit sein, die ja bereits gestartet hat. Ich denke, das wird Sie noch intensiv beschäftigen. Wir warten gespannt auf das Resultat, weil wir damit Sicherheit erhalten, welche Form von Geschäften und welche Form von Tätigkeiten wir morgen mit unserer Bank entsprechend machen dürfen.

Es wurde verschiedentlich über den Verkauf von Liegenschaften, über den geplanten Verkauf der Liegenschaften gesprochen, unter anderem auch an der Bahnhofstrasse. Dazu rasch die «Facts»: Wir haben elf Standorte unter dem Stichwort «Hauptsitz» hier in der Stadt Zürich verteilt. Wir konzentrieren und verdichten zurzeit diese Standorte auf weniger Standorte mit der Konsequenz, dass verschiedene Standorte jetzt einfach leer werden. Wir haben keine neue Immobilienstrategie. Die Immobilienstrategie, die wir zurzeit umsetzen, entspricht einem langen, bereits genannten Grundsatz unserer Bank, nämlich demjenigen, dass wir für Liegenschaften, für die wir keinen Eigenbedarf haben, die wir also langfristig nicht mehr nutzen können, entsprechend als Bank der falsche Eigentümer sind und dass wir diese auch veräussern möchten. Das hat also nichts mit einer quasi opportunistischen Aktion der Bank zu tun, sondern ist einfach eine Fortsetzung unserer Strategie. Das ist der Grund, weshalb wir uns entschieden haben, für den Verkauf einzelner Liegenschaften jetzt entsprechend Hand zu bieten. Es gibt natürlich Zusatzargumente, die dieser Liegenschaftenstrategie unterliegen, das ist der Investitionsbedarf in zweistelliger Millionenhöhe. Der würde sonst kommen, den müssten wir selber finanzieren. Gemäss Finma-Regulierung – auch hier Regulation – binden Liegenschaften sehr viele Eigenmittel. Eigenmittel sind heute ein knappes Gut. Der Buchgewinn würde unsere Eigenmittel verstärken, aus eigener Kraft. Die Liegenschaftenrendite ist deutlich tiefer als die Rendite eines Bankbetriebs. Wir können durch die Paketierung, die wir jetzt anstreben, auch nicht verkaufbare Liegenschaften – die finden sich auch darunter – mitverkaufen. Und definitiv: Es gab schon schlechtere Zeiten für einen Liegenschaftenverkauf, aber das ist alles nachgelagert.

Zum nächsten Thema, Transparenz der Rohstoffe: Maria Rohweder, ich kann Ihnen sagen, den Punkt nehmen wir gerne auf. Der Bankrat hat sich auch schon intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt. Wir werden das dieses Jahr sicher intensiver diskutieren und hoffen, auch hier Transparenz schaffen zu können.

Stammhaus – Konzern, voll konsolidiert, der Unterschied in unserem Geschäftsbericht: Also voll konsolidiert werden nur drei Gesellschaften, das ist der Unterschied zwischen Konzern und Stammhaus. Zusätzlich zu Ihrer ZKB ist im Konzern noch zu 100 Prozent die Balfidior in Basel, eine Fondsverwaltungsgesellschaft, im Ausland Guernsey, ZKB Guernsey, die die Emission von strukturierten Produkten macht, und eben die ZKB Österreich AG. Und der Gewinn, der im Ausland aus diesen Gesellschaften entsprechend resultiert, stammt also nicht, wie gesagt worden ist, aus der ZKB Österreich – da sind wir immer noch im Plan mit der Realisierung des Businessplans, der Gewinn stammt aus unserer Tochtergesellschaft in Guernsey.

Es wurde über die eingereichten Vorstösse gesprochen, Aduno und Kuba. Selbstverständlich werden wir zu denen noch qualifiziert und umfassend Stellung nehmen. Lassen Sie mich trotzdem zwei, drei Worte hier zum Thema «Aduno» äussern. Bei der Aduno hält die Zürcher Kantonalbank einen Aktienanteil von 12,5 Prozent. Es sind da Raiffeisen und andere Banken mitbeteiligt, zu knapp 50 Prozent sind die Kantonalbanken an dieser Gesellschaft tätig, die Konsumkreditgeschäft betreibt, aber eben auch die Kreditkarten ausgibt. Das Geschäft, das wir mit der Vatikanbank betreiben, das sind die Kreditkarten, die Sie vielleicht von der Aduno haben, dass die gültig bleiben, wenn Sie am Souvenirshop im Vatikan etwas kaufen wollen, wenn Sie einen Eintritt ins Museum kaufen möchten mit der Kreditkarte oder wenn Sie in der Apotheke der Vatikanstadt etwas kaufen möchten. Diese Geschäfte können Sie tätigen und das hat mit Geldwäscherei nichts zu tun.

Zum Thema «Kuba» erlauben Sie mir vielleicht auch, die Fakten darzustellen, die wir dann aber in unserer Antwort umfassender darstellen werden. Wir haben heute weniger als ein Dutzend Kunden mit Bankbeziehungen zu Kuba mit wenigen Zahlungen pro Monat. Demgegenüber haben wir sehr viele Zürcher Kunden, die mit Vermögenswerten, Wertschriften, Dollarzahlungen irgendwo auf der Welt betroffen sind, die damit amerikanischem Recht unterstehen. Neu müssen Banken und damit auch wir – oder genauer: die Mitarbeitenden dieser

Banken – gegenüber amerikanischen, aber eben nicht nur gegenüber amerikanischen, sondern auch gegenüber europäischen Partnerbanken das Einhalten der sogenannten amerikanischen OFAC-Auflagen (*Office of Foreign Assets Control*) schriftlich bestätigen. Zudem verlangt auch die schweizerische Aufsichtsbehörde Finma die Beachtung dieser Auflagen. Jede Zusammenarbeit mit kubanischen Banken ist eine Verletzung dieser OFAC-Auflagen. Eine Nichtbeachtung dieser OFAC-Auflagen wäre für viele unserer Kunden, nämlich diejenigen, die in US-Dollar Geschäfte tätigen, und die Bank selber ein grosses Risiko. Der Bankrat hat sich deshalb zweimal intensiv, aber auch kontrovers mit dem Thema auseinandergesetzt. Wir sind mit dem Hintergrund der Risikoabwägung zum klaren Ergebnis gekommen und haben die Entscheidung getroffen, wie sie entsprechend publiziert worden ist.

Zur Berichterstattung der Medien. Ja, danke vielmals, Bruno Fenner, für Ihre Ausführungen. Die «Spielhölle ZKB» hat uns natürlich auch entsprechend aufgerufen und Sie haben die Erklärung, die natürlich genau die richtige ist, schon gegeben. Da wurden Umsatz und Gewinn miteinander verwechselt. Letzte Woche hat man auch einen Artikel in einer wirtschaftsnahen Zeitung in Zürich gelesen, in dem Verwaltungsrat und Generalversammlung miteinander verwechselt worden sind. Mit dem müssen wir halt entsprechend leben.

Ich komme zum letzten Punkt, der von Ihnen aufgeworfen worden ist, nämlich zur Pensionskasse. Lassen Sie mich hier darlegen, warum der Bankrat zu dieser Entscheidung gekommen ist. Im letzten Februar hat der Bankrat diese Entscheidung getroffen. Damals hatten wir einen Deckungsgrad von 100,8 Prozent in der Pensionskasse. Und damit hatten wir damals, also im Februar – man muss sich das Bild vor Augen halten, da hat keiner damit gerechnet, dass sich die Börse so toll entwickelt – eine Gefahr der Unterdeckung wegen Sanierung durch den technischen Zinssatz und durch die Börsenentwicklung, also ein Sanierungsthema, das uns hier auch beschäftigt hat. Die Bank, also die Pensionskasse hat bereits früher in den Jahren 2009 und 2011 den technischen Zinssatz von 4 auf 3,75 Prozent und dann auf 3,5 Prozent gesenkt. Diese Zinssatzsenkung ging voll zulasten der Pensionskasse. Und mit diesen zwei Senkungen um ein halbes Prozent wurden sämtliche Rückstellungen der Pensionskasse aufgebraucht. Die Bestandswahrung, die wir unseren Mitarbeitenden jetzt machen, wird sich auch im Portemonnaie der Mitarbeitenden deutlich spüren lassen,

nämlich der Beitragssatz der Mitarbeitenden ist vom Jahr 2009 bis heute um 25 Prozent im besten Fall, 80 Prozent im schlechtesten Fall durch diese Zinssatzsenkung gestiegen. Die Beitragsleistung – das wissen wir auch, da leben wir in der Finanzindustrie ein bisschen im Paradies –, die Beitragsleistungen der Finanzindustrie sind vergleichsweise hoch. So zahlt die Nationalbank 200 Prozent vom Mitarbeiterbeitrag, die CS bis 240 Prozent und die UBS bis 300 Prozent je nach Mitarbeiterkategorie. Die ZKB macht hier einen Arbeitgeberbeitrag von 165 Prozent geltend. Wir wissen, das ist viel für die Industrie, aber es ist wenig im Vergleich zu unseren Mitbewerbern und letztlich sind wir auch hier auf dem Mitarbeiter-Konkurrenzmarkt tätig. Und lassen Sie mich noch zum Schluss ein paar Quermeldungen erwähnen für dieses Jahr zu anderen Unternehmen: Der Flughafen Zürich hat einen Sanierungsbeitrag der BVK (*Versicherungskasse für das Staatspersonal*) voll zulasten der Arbeitgeberschaft gemacht und damit den Gewinn gerade mal halbiert, nämlich von 192 Millionen auf 97 Millionen. Und die SRG (*Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft*), auch eine staatsnahe Unternehmung, hat die gleiche Überlegung gemacht wie wir: Sie hat die Umstellung vom Leistungsprimat auf das Beitragsprimat gemacht und damit den technischen Zinssatz von 4 auf 3,25 Prozent gesenkt. Die 160 Millionen, die das gekostet hat, werden auch vollumfänglich dem Arbeitgeber angerechnet, mit der Konsequenz, dass SRG letztes Jahr einen Verlust von 120 Millionen Franken ausgewiesen hat. Und dann noch der letzte Punkt: Dieser Entscheid, den die Pensionskasse und auch der Bankrat getroffen haben, entspricht den Buchführungsvorschriften unserer Bank und wurden selbstverständlich von der Revisionsgesellschaft geprüft und für richtig befunden. Ich danke Ihnen.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.–V.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 156 : 1 Stimmen (bei 2 Enthaltungen), der Vorlage 73a/2013 zuzustimmen und damit die Rechnung und den Geschäftsbericht der Zürcher Kantonalbank für das Jahr 2012 zu genehmigen.

Das Geschäft ist erledigt.

Ratsvizepräsident Bruno Walliser: Ich verabschiede den Präsidenten des Bankrates, Doktor Jörg Müller, und wünsche ihm einen schönen Montag.

6. NEAT (Neue Eisenbahn-Alpentransversale) ab Zürich ohne Spitzkehre

Dringliches Postulat von Ruedi Lais (SP, Wallisellen), Andreas Wolf (Grüne, Dietikon) und Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon) vom 4. März 2013

KR-Nr. 74/2013

Ratsvizepräsident Bruno Walliser: Zu diesem Traktandum muss ich Regierungsrat Ernst Stocker entschuldigen. Ich habe ihm gesagt, es komme noch vor 11.00 Uhr dran. Ich habe mich etwas getäuscht und habe ihm jetzt vizepräsidial freigegeben.

Das dringliche Postulat hat folgenden Wortlaut:

Der Regierungsrat wird ersucht aufzuzeigen, wie der Kanton Zürich dafür sorgen kann, dass auf der Strecke Zürich–Gotthard–Tessin–Mailand auch während des Ausbaus der Strecke Zug–Arth-Goldau auf eine Spitzkehre in Rotkreuz verzichtet werden kann.

Begründung:

Die Planung der SBB sieht vor, dass nach der Einweihung des Gotthard-Basistunnels 2016 die Strecke Zug–Walchwil–Arth-Goldau saniert und ausgebaut wird. Die Bauarbeiten sollen bis 2018 dauern; während der Bauzeit ist die Strecke nicht benutzbar.

Die Schnellzüge Zürich–Gotthard–Tessin–Mailand werden über Rotkreuz geführt. Dort wird Anno Domini 2016–2018 eine Spitzkehre eingeplant, da eine Gleisverbindung zwischen der Einfahrt Rotkreuz von Zug her – diese wird bis 2016 auf Doppelspur ausgebaut – und der bereits doppelspurigen Ausfahrt Rotkreuz Richtung Immensee fehlt. Nach Angaben der SBB würde selbst eine solche Verbindung nichts nützen, da der Schnellzugsverkehr Zürich–Mailand auf der S-Bahn-Strecke Rotkreuz–Immensee–Arth-Goldau keine Priorität genießt und keine zusätzlichen Trassen zur Verfügung gestellt werden könnten.

Der Kanton Zürich wird direkt oder indirekt 5 Mia. Franken für die NEAT bezahlen. Dass SBB-Kunden aus dem Kanton zwei Jahre lang in Rotkreuz 20 Minuten durch eine Spitzkehre des Zugs aufgehalten werden, bis sie den neuen Tunnel erreichen und von der Fahrzeiteinsparung profitieren können, ist ein beispielloser Anachronismus. Macht das Beispiel Schule und genießt der Schnellzugsverkehr Zürich–Mailand weiterhin dritte Priorität, so geht für unseren Kanton ein grosser Teil des angestrebten Nutzens verloren.

Das erwähnte Verbindungsgleis ergäbe für den Fall von Unterbrüchen an der geologisch risikoreichen Strecke am Ostufer des Zugersees eine sichere Umfahrung.

Alternativ müsste bei den SBB darauf hin gewirkt werden, dass der fahrplanmässige Schnellzugsbetrieb durch die Baustellen auf der Strecke Zug–Walchwil–Arth-Goldau nicht unterbrochen wird.

Der Kantonsrat hat das Postulat am 11. März 2013 dringlich erklärt.

Der Regierungsrat nimmt auf Antrag der Volkswirtschaftsdirektion wie folgt Stellung:

Die nationalen Bahn-Infrastrukturausbauten der NEAT und im Rahmen von ZEB (Zukünftige Entwicklung der Bahninfrastruktur) werden vom Bund geplant und finanziert. Für das dazugehörige Angebot des Fernverkehrs sind grundsätzlich die SBB zuständig. Den entsprechenden Rahmen hierfür setzt der Bund über die Fernverkehrskonzession. Der ZVV setzt sich u. a. im Rahmen der bewährten Planungszusammenarbeit mit den SBB sowie des nationalen Fahrplanverfahrens für ein gutes Fernverkehrsangebot aus Sicht des Kantons Zürich ein. Die Möglichkeit der Einflussnahme auf Projekte, die nicht auf Zür-

cher Kantonsgebiet oder im Einzugsgebiet der Zürcher S-Bahn liegen, ist aber äusserst beschränkt.

Der Gotthard-Basistunnel ermöglicht bereits ab Ende 2016 verkürzte Reisezeiten zwischen Zürich und dem Tessin. Zeitlich nachgelagert kann in einer zweiten Phase mit der Eröffnung des Ceneri-Basistunnels ab 2019 die Reisezeit nach Lugano, Chiasso und Mailand noch einmal verkürzt werden.

In den gleichen Zeitraum (2017 bis 2018) fällt auch die notwendige, umfassende Überholung der Bahninfrastruktur rund um den Zugersee für einen leistungsfähigeren Ausbaustandard. Diesem Entscheid gingen umfangreiche Abklärungen und Studien des Bundesamtes für Verkehr (BAV) und der SBB im Rahmen der Planungen von ZEB voraus. Die Verkehrsführung via Ostufer des Zugersees erwies sich dabei als die betrieblich und betriebswirtschaftlich beste Lösung. Daher werden auf der Strecke zwischen Zug, Walchwil und Arth-Goldau mehrere Bauwerke saniert oder ersetzt und eine Doppelspurinsel in Walchwil erstellt. Überdies wird die Strecke für die Benutzung durch Doppelstockzüge angepasst und es werden Signalanpassungen für die Verkürzung der Zugfolgezeiten vorgenommen. Aus betrieblicher und wirtschaftlicher Sicht lassen sich diese Arbeiten am effizientesten in einer längstens zweijährigen Streckensperrung ausführen. Dies hat zur Folge, dass die Fernverkehrszüge zwischen Zürich und dem Tessin bzw. Italien während der Streckensperrung über das westliche Zugerseeufer via Rotkreuz umgeleitet werden, wo sie eine Spitzkehre vornehmen.

Der Kanton Zürich wurde vorgängig über die Totalsanierung des östlichen Zugerseeufers und dessen Auswirkungen informiert. Sowohl die Massnahmen als auch die gewählte Umsetzung mittels einer Totalsperre erscheinen nachvollziehbar und sinnvoll. Der Fahrzeitverlust durch die Umleitung der Züge Zürich–Tessin via Rotkreuz beträgt gemäss Auskunft der SBB rund 15 Minuten. Diese vorübergehende Reisezeitverlängerung ist zwar unerfreulich und schmälert während zweier Jahre den Reisezeitgewinn dank NEAT in Richtung Tessin. Doch auch mit der erforderlichen Spitzkehre in Rotkreuz kann auf der Strecke Zürich–Bellinzona ein Netto-Fahrzeitgewinn von 30 Minuten erzielt werden. Dies steigert die Attraktivität der angebotenen Verbindungen bereits erheblich. Angesichts der Tatsache, dass sich auf der Strecke nach Lugano und insbesondere auch Mailand der vollständige Kundennutzen sowieso erst mit der Eröffnung des Ceneri-

Basistunnels entfaltet und die Sanierung der Strecke am Zugersee bis zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen sein wird, ist der vorübergehend verminderte Gewinn der Fahrzeit vertretbar.

Die vorgesehene Spitzkehre in Rotkreuz könnte theoretisch durch eine direkte Verbindung zwischen Cham und Immensee, die sogenannte Spange, vermieden werden. Im Zusammenhang mit den Abklärungen betreffend künftige Verkehrsführung am Ostufer des Zugersees wurden auch mehrere Varianten für den Bau der Spange Rotkreuz geprüft. Aus Kosten-Nutzen-Überlegungen wurde jedoch entschieden, auf den Bau einer Spange Rotkreuz im Rahmen von ZEB zu verzichten. Ausschlaggebend war vor allem die Tatsache, dass die Bahninfrastruktur im Dreieck Zug–Rotkreuz–Arth-Goldau bereits stark ausgelastet ist und gleiches auch für die Zulaufstrecken Zürich–Zug und Luzern–Rotkreuz gilt. Ohne weitere flankierende Massnahmen an anderen Orten auf diesen Strecken könnte die Spange in Rotkreuz nicht sinnvoll genutzt werden und auch die mögliche Fahrzeitverkürzung wäre fahrplantechnisch nicht umsetzbar. Dies betrifft insbesondere auch auf die von der SBB geprüfte Variante «Spange light» (demonitierbares Provisorium mit minimalem Ausbaustandard) zu. Zusätzliche flankierende Massnahmen würden sich zudem negativ auf die Wirtschaftlichkeit dieser Massnahme auswirken.

Ebenfalls ins Gewicht fielen zeitliche Gesichtspunkte. Die Spange Rotkreuz, samt allen flankierenden Massnahmen, müsste bis im Dezember 2016 in Betrieb genommen werden. In Anbetracht der längeren Planungs- und Bauzeit von Eisenbahninfrastruktur ist eine rechtzeitige Inbetriebnahme zumindest kritisch zu hinterfragen, zumal das Plangenehmigungsverfahren viel Zeit in Anspruch nimmt.

Zusammenfassend erscheint die gewählte Lösung der Totalsanierung der Strecke entlang des Ostufers des Zugersees als betrieblich und wirtschaftlich zweckmässig. Für Reisende zwischen Zürich und dem Tessin führt dies zwar zu einem verringerten Nutzen des Gotthardbasistunnels während zweier Jahre. Gleichwohl ist eine deutliche Fahrzeitverkürzung auf dieser Strecke möglich. Eine Umleitung über eine noch zu bauende Spange bei Rotkreuz lässt sich fahrplantechnisch nicht sinnvoll nutzen und wäre zudem kaum rechtzeitig fertiggestellt. Darüber hinaus sind die Möglichkeiten der Einflussnahme auf ein ausserkantonales Infrastrukturprojekt, das durch den Bund, die SBB und den Standortkanton Zug gestützt ist, als gering einzuschätzen.

Aus diesen Gründen beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, das dringliche Postulat KR-Nr. 74/2013 nicht zu überweisen.

Ruedi Lais (SP, Wallisellen): Selbstverständlich mag ich dem Herrn Volkswirtschaftsdirektor seine «zünftige» Freude heute gönnen und habe mein Votum sehr liebevoll formuliert.

Wir danken dem Regierungsrat für die leider etwas wenig gehaltvoll ausgefallene Antwort und halten am Postulat fest. Zwar stimmt einiges, was der Regierungsrat schreibt. So besteht tatsächlich eine Knappheit an Trassen, also an Kapazitäten zwischen Rotkreuz und Arth-Goldau, die ja den nördlichen Güterverkehrszulauf zur Gotthardachse darstellt. Es stimmt auch, dass die SBB die Spange Rotkreuz als Behelfsmassnahme während der Bauzeit auf der Strecke Zug–Walchwil–Arth-Goldau bisher verworfen hat. Wäre das die einzige zu klärende Frage und wäre diese tatsächlich längst entschieden, wäre der von der grossen Ratsmehrheit dringlich erklärte Vorstoss natürlich gar nie eingereicht worden. Von daher enttäuscht uns das exekutive Achselzucken in der Postulatsantwort schon etwas. Denn es sind immerhin während dieser zweijährigen Bauzeit rund 4 Millionen Passagiere von dieser Spitzkehre betroffen. Die Zusammenführung von Güterverkehr, Fernverkehr und S-Bahnen im Raum Zugersee–Arth-Goldau ist nämlich bei Weitem nicht so klar und entschieden, wie es der Regierungsrat annimmt. Dazu ein paar Fakten.

Erstens: Derzeit ist im Kantonsrat Zug eine Richtplan-Vorlage pendent. Am Ostufer des Zugersees, also auf der heutigen Schnellzugsachse Zürich–Gotthard wird über die Lage der notwendigen, über einen Kilometer lange Doppelspur-Insel gerungen. Wo diese Doppelspur-Insel hinkommt, ist für das Zuger S-Bahn-System zentral. Für uns in Zürich ist es wichtig, dass je nach Lage und Baustellenorganisation könnte die Sperrung der Walchwiler Linie wesentlich kürzer ausfallen. Je nach Variante könnte auch so viel Geld eingespart werden, dass man damit die Spange Rotkreuz leicht finanzieren könnte. In diese Variantendiskussion sollte der Regierungsrat unserer Meinung nach die Zürcher Interessen einbringen.

Zweitens: Die Spange Rotkreuz ist im gültigen Richtplan des Kantons Zug eingetragen. Die aktuelle Zuger Richtplanvorlage bestätigt diesen Eintrag sogar ausdrücklich. Die Spange wäre nicht nur für die schnellere Umfahrung der Baustelle Walchwil nützlich, sie würde auch be-

fahren, wenn am Westhang des Rossbergs zwischen Walchwil und Arth-Goldau wieder Erdrutsche stattfinden, was alle paar Jahre vorkommt und zu langen Sperrungen der Bahnlinie führt. Es erstaunt, dass die SP – die SBB, nicht die SP (*Heiterkeit*) –, wir würden selbstverständlich auf die jetzt gerade genannten geologischen Risiken reagieren, aber nicht die SBB. Sie verkennen das niederschlagsreiche Molassegebiet mit seinen grossen geologischen Risiken und setzen eben nicht präventiv auf eine Umfahrungsvariante.

Drittens: Auf der Strecke Rotkreuz–Immenensee–Arth-Goldau konkurrieren während der Bauzeit in Walchwil der Güterverkehr, der reguläre Fernverkehr Luzern–Gotthard, der umgeleitete Fernverkehr Zürich–Gotthard und die S-Bahn Luzern mit ihrer Linie 31. Für die Dauer der Sperrung Walchwil müssten die Fernverkehrszüge Zürich–Gotthard so priorisiert werden, dass die Bahnpassagiere von Zürich, Zug, Schwyz, Uri und Tessin sowie die Transitpassagiere von der ganzen Zeitersparnis dank dem Gotthard-Basistunnel profitieren können. Wir bitten den Regierungsrat nochmals, sich in Verhandlungen mit den SBB auf der Basis des Eisenbahngesetzes und der Netzzugangsverordnung dafür einzusetzen.

Viertens: Die Spange Rotkreuz könnte in den nächsten Jahren gleichzeitig mit der bereits beschlossenen Doppelspur Freudenberg–Rotkreuz gebaut werden. Von dieser Doppelspur zweigt sie ja ab und deren Bau ist schon beschlossen. Wird die Spange später allein gebaut, kostet das sicher erheblich mehr. Dieses Argument müsste in Verhandlungen mit den SBB Gewicht haben.

Wir bitten den Regierungsrat also nochmals, sich in Zusammenarbeit mit den genannten Kantonen dafür einzusetzen, dass diese Fakten zusammen mit dem grossen Passagierstrom auf der Nord-Süd-Achse das nötige Gewicht haben. Es wäre ein Armutszeugnis für unsere Eisenbahnpolitik, wenn Zürich mit dem Gotthard-Basistunnel während zwei Jahren und auch in Zukunft immer mal wieder nur über eine Spitzkehre verbunden wäre, mit dem Gotthard-Basistunnel, an den die Bevölkerung und die Wirtschaft dieser Kantone einige Milliarden Franken bezahlen, notabene. Wir bitten Sie nochmals, unser Anliegen zu unterstützen und der Überweisung des Postulates zuzustimmen. Vielen Dank.

Gerhard Fischer (EVP, Bäretswil): Die Antwort der Regierung ist sehr aufschlussreich. Einmal mehr kommt man aber nicht darum herum, eine Güterabwägung vorzunehmen. Bezüglich der provisorischen Streckenführung der Gotthardzüge während zweier Jahre ist es trotz der ausführlich ausgeführten Antwort mit zwar guten Argumenten nicht einsehbar, weshalb die Spange vor Rotkreuz nicht gebaut werden soll. Wir sind der Meinung, dass eine Variante «light» bei gutem Willen trotz allem noch realisierbar sein müsste. Das Trasseee zwischen Arth-Goldau und Rotkreuz brauchen die Züge sowieso, egal ob mit Spange oder mit Spitzkehre. Technische Probleme bei einer vorgesehenen Spitzkehre sind nicht ausgeschlossen, was schon vorhin erwähnt wurde, was die Reise ins oder vom Tessin noch zusätzlich belasten kann. Aus unserer Sicht wäre im Konzept NEAT eine Schlaufe sowieso sinnvoll. Die Einspurstrecke Zug–Arth-Goldau auch mit zusätzlichen Doppelspur-Inseln bleibt ein Engpass auf der Strecke Zürich–Mailand. Bei Verspätungen und Sperrungen könnte so via Spange problemlos umgeleitet werden, ohne via Südbahn Wohlen fahren zu müssen. Denn auch jene Strecke ist an der Kapazitätsgrenze. Es müsste mindestens das Einspurstück zwischen Cham und Rotkreuz auf Doppelspur ausgebaut werden, sonst wäre dort wieder ein Flaschenhals, welcher bei noch mehr Zügen Folgeverspätungen auslösen würde. Eine Spitzkehre in Rotkreuz ist aus Kundensicht nicht nachvollziehbar. Bei den Passagieren wird auf der Fahrt ins Tessin nicht der Fahrzeitgewinn durch den Basistunnel haften bleiben, sondern die als schikanös empfundene Wartezeit in Rotkreuz und der Fahrtrichtungswechsel, den viele Leute gar nicht schätzen. Mit dem Fahrplan und anderen technischen Details muss sich der Kanton Zürich richtigerweise nicht befassen. Hingegen ist die Spitzkehre in Rotkreuz auch ein echtes Zürcher Thema. Mit der Überweisung des Postulates können wir, so hoffe ich, den Druck erhöhen, die Situation in Rotkreuz nochmals vorurteilslos zu prüfen und entscheidend zu verbessern. Wir unterstützen damit nicht zuletzt auch die Zuger, die in dieser Frage gleich denken.

Andreas Wolf (Grüne, Dietikon): Dass die Strecke zwischen Zug, Walchwil und Arth-Goldau saniert und teilweise auf Doppelspur ausgebaut werden muss, steht ausser Zweifel. Über das Wie hingegen gehen die Meinungen scheinbar weit auseinander. In seiner Stellungnahme geht der Regierungsrat aber keineswegs auf das Wie bezie-

hungsweise mögliche Alternativen zu dem von den SBB geplanten Projekt ein. Vielmehr verteidigt er einmal mehr sehr unkritisch die Strategie der SBB. Aus dem Bericht geht hervor, dass eine jahrelange Sperrung der Strecke Zug–Walchwil–Arth-Goldau unvermeidlich ist. Im Standortkanton Zug sieht man das Ganze etwas anders. Dort wird im Kantonsrat aktuell kontrovers über mögliche Alternativen zur Streckensperrung diskutiert, da diese nicht nur Auswirkungen auf den Fernverkehr hat, sondern gerade auch die Pendler zwischen Zug und Arth-Goldau betrifft. Ein oft genannter Lösungsansatz ist, die geplante Doppelspur-Insel nicht in Walchwil zu erstellen, sondern näher bei Zug im Gebiet Murpfli. Der Bau dieser Variante könnte aufgrund der raumplanerisch, topografisch und geologisch besseren Voraussetzungen während dem Betrieb erstellt werden, das heisst eine Streckensperrung wäre nicht notwendig. Obwohl diese Variante Murpfli auf den Fahrplan keinerlei Auswirkungen hätte, haben die SBB diese nicht einmal geprüft. Entsprechend erwähnt der Regierungsrat diese Variante auch mit keinem Wort in seiner Stellungnahme. Aufgrund der vorliegenden nicht beachteten Alternativen gehe ich in der Zwischenzeit davon aus, dass die SBB mit der zweijährigen Sperrung ein Präjudiz für weitere Streckensperrungen für Sanierungen schaffen wollen. Gesperrte Strecken lassen sich bekanntlich um einiges einfacher und auch etwas günstiger sanieren. Ich zweifle jedoch stark daran, ob diese Strategie aufgehen wird, hat sich doch gerade letztes Jahr gezeigt, dass die Bahnkunden höchst sensibel auf nachteilige Änderungen reagieren. Ob es sich dabei um Preisaufschläge oder um betriebliche Einschränkungen handelt, ist wohl nebensächlich. Die Bahnkunden möchten ein verlässliches Angebot und da haben jahrelange Streckensperrungen nun mal schlicht und einfach keinen Platz.

Zum Schluss möchte ich noch auf die Möglichkeiten der Einflussnahme des Kantons Zürich zu sprechen kommen. Wenn der Regierungsrat bei allen ausserkantonalen Projekten, welche auch den Kanton Zürich betreffen, so mutlos wäre wie beim vorliegenden, dann wäre unser Kanton wohl nicht dort, wo er heute ist. Ich möchte den leider abwesenden Volkswirtschaftsdirektor Ernst Stocker deshalb ermutigen, sich doch auch im Zusammenhang mit dieser geplanten Streckensperrung für unseren Kanton einzusetzen. So aussichtslos, wie er es beschreibt, ist die Lage nämlich keineswegs. Auch dem Bundesamt für Verkehr ist die von den SBB vorgesehene Sperrung nämlich ein Dorn im Auge und es drängt darauf, dass diese so kurz

wie möglich gehalten wird. Und wie gesagt sind auch im Kanton Zug solche Bestrebungen im Gange. Der Regierungsrat wäre also mit seinen Zweifeln nicht allein, und wenn der bevölkerungsreichste Kanton in Bern vorstellig wird, hat das durchaus seine Wirkung. Ich bitte Sie, das vorliegende Postulat zu überweisen, damit eine tragbare und kundenfreundliche Lösung für die Sanierung der Strecke Zug–Arth-Goldau gefunden werden kann. Besten Dank.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Vieles wurde heute gesagt oder anlässlich der Dringlichkeitsdebatte. Auch die Ausführungen der Regierung sind aufschlussreich. Der Aktivismus des Parlaments unter unkundiger und schädlicher Führung einer erstaunten SP-Fraktion ist schädlich. Die Geschichte kenne ich zufällig und kann Sie Ihnen ein bisschen wieder aufrollen, damit Sie auf dem neuesten Stand sind. Die Medienmitteilung der SBB zum Thema war vom 29. August 2011 und hatte den Titel «Zug Arth-Goldau, Streckenausbau für Halbstundentakt Zürich–Tessin». Ich zitiere: «Die Bahnpassagiere profitieren auf der Strecke Zürich–Tessin künftig von einer häufigeren Verbindung. Mit der Eröffnung des Ceneri-Basistunnels 2019 kann der durchgehende Halbstundentakt eingeführt werden. Damit dies ohne Einschränkungen für den Regionalverkehr möglich ist, wird bei Walchwil am Ostufer des Zugersees ein zweites Gleis gebaut. Während den zwei Jahre dauernden Bauarbeiten ab Ende 2016 muss der Verkehr über die Westseite des Zugersees umgeleitet werden. Der Fahrzeitgewinn, der mit der Inbetriebnahme des Gotthard-Basistunnels entsteht, wird schrittweise weitergegeben.» Ruedi Lais, man wusste schon am 29. August 2011, dass diese Verzögerung stattfindet. Der beanstandete Zeitverlust ist also nicht vom Himmel gefallen, er war schon damals bekannt. Weiter darf ich aus dieser Medienmitteilung der Schweizerischen Bundesbahnen zitieren: «Die Bauarbeiten bei Walchwil sollen Ende 2016 starten. Während der zweijährigen Bauzeit wird der Fernverkehr auf der Strecke Zürich–Tessin über Rotkreuz und das Westufer des Zugersees umgeleitet. Trotzdem reisen die Kundinnen und Kunden ab Ende 2016 dank der Inbetriebnahme des Gotthard-Basistunnels rund 20 Minuten schneller von Zürich ins Tessin.» Natürlich kann man jetzt sagen: Das ist nur eine Sicht der Dinge. Ich komme zum Kanton Zug, der von Ruedi Lais auch schon angeführt wurde. Der Kanton Zug hat in diesem Zusammenhang auch eine Medienmitteilung veröffentlicht und ich möchte

daraus auch zitieren: «Umleitungskonzept wird gestützt. Das von der SBB vorgelegte Betriebskonzept mit einer zweijährigen Totalsperre zwischen Zug-Oberwil und Arth-Goldau wird vom Kanton Zug gestützt. Als Negativpunkt muss der Bahnersatzbetrieb zwischen Zug und Arth-Goldau akzeptiert werden. SBB und Kanton setzen sich für einen guten, funktionierenden Bahnersatzbetrieb ein. Finanzierung erfolgt durch die SBB beziehungsweise den Bund. Für die Neubauten und die Substanzerhaltung zwischen Zug-Oberwil und Arth-Goldau, wovon rund 60 Objekte entlang der Strecke betroffen sind, haben Bund und SBB die notwendige Finanzierung von rund 230 Millionen Franken gewährleistet. Sie haben deshalb den Zuger Behörden mitgeteilt, dass für ihre Bauvorhaben eine Beteiligung von Kanton und Gemeinden an deren Kosten nicht vorgesehen ist.» Ich möchte nun darauf hinweisen, dass es nicht vorgesehen ist, dass der Kanton Zug eine Kostenbeteiligung macht, es sei denn, er wünscht die Änderung, die Ruedi Lais und ein Komitee «Doppelspur Murpfli» in die Waagschale legen. Es ist also so, dass ein Finanzstarker und ein Nettozahler – der Kanton Zug ist ein Nettozahler des Nationalen Finanzausgleichs – durchaus, wie der Kanton Zürich, eine nicht vorgesehene Kostenbeteiligung hat bei diesem Projekt. Und jetzt kommt der Kanton Zürich, der in der Regel immer zwischen 30 und 60 Prozent an den Baukosten, also den Infrastrukturkosten, auf Kantonsgebiet beiträgt, und möchte da mitreden. Das finde ich einfach schlicht und ergreifend daneben. Abschliessend: Wie dumm ist sie, diese Einmischung des Kantons Zürich in ein Anliegen des Kantons Zug? Es ist natürlich sogar noch übergreifend und Andreas Wolf hat es gesagt: Die S-Bahn und das Komitee «Murpfli» wurden nicht angehört. Das stimmt nicht. Ich könnte Ihnen jetzt zitieren aus dem Kommissionsbeschluss der Kommission für den öffentlichen Verkehr vom 4. April 2012 des Kantons Zug. Es ist abgelegt als Vorlage Nummer 2117.3, die Laufnummer ist 14054. Wenn Sie dort nachlesen, Andreas Wolf, dann sehen Sie, dass Walchwil und das Komitee angehört wurden. (*Ein schriller Pfeifton unterbricht den Votanten.*)

Ratsvizepräsident Bruno Walliser: Lorenz Habicher, macht nichts, die Redezeit ist sowieso abgelaufen (*Heiterkeit*).

Andreas Hasler (GLP, Illnau-Effretikon): Wir bezahlen 5000 Millionen Franken, um deutlich schneller von Zürich ins Tessin und weiter

nach Mailand zu kommen und vergessen, die letzten 20 Millionen zu investieren, um diesen Zeitgewinn nur gut zur Hälfte ausnützen zu können? Das wäre ein hübsches Sujet für die Basler Fasnacht, aber so einfach sollten wir es denen nicht machen. Dass mit der Rotkreuzer Spange eine gut zu realisierende Lösung auf dem Tisch liegt, dass diese nicht nur für zwei Jahre ihren Sinn hat, das haben wir schon gehört. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch darauf hinweisen, dass der Regierungsrat bei Strassen Ausweichrouten für den Fall, dass eine Strasse temporär gesperrt werden muss, als wichtig erachtet. Jedenfalls will er mit dem Argument, dass die Sihltalstrasse für den Notfall bereitstehen müsse, diese ganz und gar unnütze Strasse nicht zurückbauen, obwohl sie durch einen nationalen Naturerlebnispark führt. Für die Bahn sollten wir jetzt den gleichen Massstab ansetzen und die Rotkreuzer Spange als Teil einer langfristigen Alternativroute bereitstellen. Wesentlich scheint mir auch noch, dass es für den Bau einer Gleisspange bei Rotkreuz noch nicht zu spät ist. Wenn der Regierungsrat schreibt, dass – Zitat – «deren rechtzeitige Inbetriebnahme zumindest kritisch zu hinterfragen ist», so bestätigt er indirekt eben auch, dass der Bau zeitlich nicht möglich ist, dass die Zeit drängt und dass wir das dringliche Postulat deshalb hier und jetzt überweisen sollen. Und dabei geht es wohlgemerkt nicht darum, den Baslern die Fasnachtsfreude zu verderben, es geht schlicht und einfach darum, Lorenz Habicher, dass der Kanton Zürich ein Interesse an einer schnellen Verbindung in den Süden hat, dass er ein Interesse daran hat, das viele dafür investierte Zürcher Geld von Anfang an Wirkung zeigt und dass sich unser Regierungsrat für diese Interessen gegenüber Bund und SBB nochmals einsetzt.

Cornelia Keller (BDP, Gossau): Die eindeutige Haltung des Kantonsrates zur Dringlichkeitserklärung am 11. März 2013 zeigt auf, dass die Thematik von grossem Interesse nicht nur im Kantonsrat, sondern für den ganzen Kanton Zürich ist. Aus den verschiedenen Medienberichten in den vergangenen Wochen geht hervor, dass das Anliegen des dringlichen Postulates sehr ernst genommen wird. Der Regierungsrat weist in seiner Antwort zum dringlichen Postulat darauf hin, dass die zurzeit vorliegende Lösung mit der Komplettsperre am Ostufer des Zugersees aus betrieblichen und wirtschaftlichen Gründen nachvollzogen werden kann. Dieser Aussage kann ich mich soweit anschliessen. Während des Baus in diesem Abschnitt im Kontext mit

der ganzen NEAT müssen Einschränkungen sicher in Kauf genommen werden und hierzu gehört nun mal die Sperre auf der Ostseite.

Das vorliegende Postulat stellt diesen Planungsbereich ja auch nicht wirklich infrage. Was aber als Vorschlag im Postulat enthalten ist, nämlich die kurze Strecke zwischen Cham und Immensee zu bauen, um die Spitzkehre bei Rotkreuz zu umgehen, wird aus wirtschaftlichen Gründen vom Regierungsrat nicht unterstützt. Das ist ungünstig, denn bei weiteren Berechnungen könnte festgestellt werden, dass die durch den Bau des kleinen Verbindungsstückes erforderlichen höheren Kosten sich allenfalls wieder ausgleichen würden. Denn auch die Spitzkehre muss ja bautechnisch an die Anlagen angepasst werden und führt zu Kosten. Und nicht zu vergessen: Die sehr massiven Anpassungen im Fahrplan durch eine Spitzkehre verursachen weitere hohe Aufwendungen.

Die Antwort des Regierungsrates beinhaltet weiter die sehr beschränkte Einflussnahme des Kantons Zürich in diesem Gebiet, da es nicht direkt den Zürcher Boden betrifft. Aber es betrifft Reisende von und nach Zürich in einer hohen Masse. Und mit circa 5 Milliarden Franken im gesamten NEAT-Projekt ist der Kanton auch daran beteiligt. So muss wenigstens versucht werden, die auch noch so geringe Einflussnahme des Kantons wahrzunehmen. In diesem Sinne bitte ich Sie, das dringliche Postulat zu überweisen. Besten Dank.

Patrick Hächler (CVP, Gossau): Ich kann mich kurz halten, die Argumente sind eigentlich genügend dargelegt worden. Wir werden das Postulat überweisen, das Anliegen erscheint uns nach wie vor wichtig, wie bereits in der Dringlichkeitsdebatte dargelegt. Dagegen erscheint die Stellungnahme der Regierung schon etwas defensiv, wenn nicht gar ängstlich. Die angesprochene Lösung mit der Spange Cham–Immensee sehen wir auch durchaus als Kapazitätsreserve für den späteren definitiven Betrieb. Es gibt also genügend gute Gründe, dieses Postulat zu überweisen.

Alex Gantner (FDP, Maur): Die FDP-Fraktion hat mit Überzeugung die Dringlichkeit des Postulates unterstützt, da wir zusammen mit den Postulanten aus den Reihen der SP, GP und GLP und wohl etwas zum Erstaunen unserer bürgerlichen Partner in Anbetracht der unbestrittenen zeitlichen Dimension des Themas rasch eine Stellungnahme der

Regierung einfordern wollten. Das war die richtige, pragmatische und, weil es doch um Infrastrukturinvestitionen geht, auch professionelle Reaktion auf den Antrag auf Dringlichkeit. Nun liegt die Stellungnahme vor, was der Kanton Zürich unternehmen kann, damit auf der Strecke Zürich–Gotthard–Tessin–Mailand während des Ausbaus und der Sanierung der Strecke am östlichen Zugersee auf eine Spitzkehre in Rotkreuz verzichtet werden kann und damit ab Tag 1 der neuen Verbindung in den Süden nach der Inbetriebnahme des NEAT-Basistunnels durch den Gotthard nicht ein Teil des Reisezeitgewinns für circa zwei Jahre wieder wegfällt. Nicht zu unserer Überraschung: Der Kanton kann wenig tun, herzlich wenig, einerseits wegen der zeitlichen Komponente, da auch Alternativlösungen, wie beispielsweise die sogenannte Spange oder andere Provisorien, zuerst geplant, dann bewilligt und anschliessend gebaut werden müssen, andererseits weil dies am Ende des Tages ganz nüchtern ein extraterritoriales Thema und Problem ist, bei dem die Einflussnahme des Kantons zu Recht sehr gering ist. Die SBB haben die Federführung, die betroffenen Kantone sind stark involviert worden, auch weil der jeweilige Richtplan geändert werden müsste. Gerade im Kanton Zug herrscht derzeit eine offensichtlich emotionale und kontroverse Debatte um das Trasse der Doppelspur bei Walchwil. Ortsspezifische Interessen, gar eine Verzögerungstaktik, vielleicht auch Interessen von betroffenen Grundeigentümern könnten hier eine Rolle spielen. Wir wissen das nicht und, was viel wichtiger ist, wir wollen und dürfen uns aufgrund des Territorialprinzips nicht in diese ausserkantonalen Angelegenheiten einmischen. Und drittens: Einmal mehr im Bereich des öffentlichen Verkehrs geht es um etwas Operatives, denn die langfristige Strategie bezüglich Nord-Süd-Verbindung stimmt. Es ist, wie wenn der Kantonsrat des Kantons Zug seinen Regierungsrat beauftragen würde, beim Kanton Zürich und dem ASTRA (*Bundesamt für Strassen*) vorstellig zu werden und dafür zu sorgen, dass die dritte Gubiströhre doch schneller realisiert werde, um auf der Strasse den Flughafen Zürich und die Ostschweiz schneller erreichen zu können. Diesen Druck und diese Einmischung würde niemand hier in Zürich goutieren. Die NEAT ist ein Jahrhundertbauwerk, das mit Präzision in Etappen realisiert wird. Gerade in der Region Lugano werden die Arbeiten noch länger dauern, bis der volle Kundennutzen, sprich der Fahrzeitgewinn voll ausgeschöpft werden kann. Da sollten wir allfällige Sanierungen mit befristeten Fahrzeitverlängerungen mit Geduld

und etwas Gelassenheit akzeptieren. Nach den Kantonen Zug, Schwyz und sogar Uri kommen wir nachweislich viel zu spät mit einer vermeintlich guten Idee. Es ist, wie wenn wir heute den «Böögg» vor fünf Jahren verbrennen wollten.

Die FDP wird das Postulat nicht überweisen, da der Bericht der Regierung nicht viel länger ausfallen wird wie die heute bestehende Stellungnahme und das Postulat dann eh abgeschrieben werden wird. Das politische Signal gegenüber den Nachbarkantonen und den SBB ist gering, überschätzen wir uns nicht.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich muss mich doch noch zu Wort melden, um mein erstes Votum fertigzustellen.

Also, die Vertreter der Volkswirtschaftsdirektion und der Baudirektion des Kantons Zug und der SBB weisen weiter darauf hin, dass die Doppelspur-Insel in Walchwil in der nationalen Bahnplanung von ZEB (*Zukünftige Entwicklung Bahninfrastruktur*) enthalten ist, beschlossen und finanziert sowie vom Bund an die SBB zur Realisierung in Auftrag gegeben wurde. Sie sehen, es wurden da schon Beschlüsse gefasst. Im Zuger Richtplan ist die Doppelspur-Insel Walchwil als Zwischenergebnis aufgenommen worden. Eine allfällige Weiterführung der Zuger S2 im Halbstundentakt nach Arth-Goldau werde auch mit der Doppelspur-Insel Walchwil möglich. Durch eine kurze Kreuzungsstation Murpfli entstünden aber hohe Kosten und würde nur sehr wenig zusätzliche Nachfrage generiert. Der Kanton Schwyz suche jedoch den Ausbau der schnellen Verbindung nach Zug und Zürich und habe den Halbstundentakt der Zuger S2 nach Arth-Goldau oder weiter noch nie gefordert. Die vorgeschlagene Ausweichstelle Murpfli bringe das Risiko von Verzögerungen, diese haben Auswirkungen auf die nationale Planung. Die kurze Kreuzungsstation Murpfli gefährde zudem die Fahrplanstabilität und erschwere eine flexible Fahrplangestaltung. Sie sehen, wir sind schon in der Fahrplangestaltung der Zuger S-Bahn.

Es ist noch interessant, zu den Befürchtungen, eine Doppelspur-Insel Walchwil wäre ein Präjudiz für die Frage des Zimmerberg-Basistunnels oder des «Zimmerbergs light», müssen wir hier schon die Antwort geben. Denn die Einzelinitiative «Zimmerbergs light» wurde hier im Kantonsrat Zürich mit grossem Mehr abgelehnt. Sie

sehen, Sie haben die Weichen schon gestellt. Und jetzt darauf zurückzukommen, ist eine Dummheit. Ich frage mich natürlich nicht mehr, wieso in Bern ein Anti-Zürich-Reflex besteht, wenn der Kanton Zürich sich immer in andere Kantonsangelegenheiten einmischt und seine Forderungen, was er als Bestes erachtet, nachher im Richtplan des Kantons Zürich niedergeschrieben haben will. Ich denke, wir sollten es nicht machen, und wir empfehlen Ihnen wärmstens, dieses Postulat nicht zu überweisen. Sie verzögern das Ganze, Sie verteuern das Ganze und am Schluss finanzieren Sie das Ganze noch mit.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 84 : 68 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das dringliche Postulat 74/2013 zu überweisen. Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert einem Jahr.

Das Geschäft ist erledigt.

Verschiedenes

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Mehr Gemeindeautonomie in sonderpädagogischen Fragen**
Parlamentarische Initiative *Anita Borer (SVP, Uster)*
- **Entlastung des Gebührenhaushalts bei ländlichen Fusionsgemeinden**
Anfrage *Walter Schoch (EVP, Bauma)*
- **Miete von Stromzählern**
Anfrage *Andreas Wolf (Grüne, Dietikon)*
- **Bekanntgabe der Kosten für die Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen**
Anfrage *Cornelia Keller (BDP, Gossau)*
- **Förderung von Gebäudesanierungen**
Anfrage *Andreas Wolf (Grüne, Dietikon)*
- **Jagdschiessanlage Au, Embrach**
Anfrage *Peter Stutz (SP, Embrach)*

- **Medizinische Kontrollfahrten mit dem Fahrzeug für Senioren**
Anfrage *Erich Vontobel (EDU, Bubikon)*
- **Autoschüler und die dritte praktische Prüfung**
Anfrage *Erich Vontobel (EDU, Bubikon)*
- **Regionaler Verkehrskollaps dank mangelnder interkantonaler Koordination**
Anfrage *Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen)*
- **Wer stoppt im Kanton Zürich Heimatschutz und Denkmalpflege?**
Anfrage *Markus Schaaf (EVP, Zell)*

Schluss der Sitzung: 12.15 Uhr

Zürich, den 15. April 2013

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 6. Mai 2013.